



Deutsche Bank



Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 8. März 2008

118. Jahrgang Nr. 31.657

Best Debt House
in Argentina



Deutsche Bank



„Ich bin Peronist“

Bekenntnisse / Chávez schickt Energie nach Argentinien

Buenos Aires (AT/cal) – Präsidentin Cristina Kirchner schmunzelte. „Ich bin Peronist“, sagte Hugo Chávez in einer Pressekonferenz in Caracas. „Im Ernst“, insistierte der venezolanische Präsident. Er identifiziert sich mit diesem Mann, mit dessen Gedanken. Chávez ehrte damit den früheren argentinischen Präsidenten Juan Domingo Perón, den Vater der Justizialistischen Partei (PJ). Jener Partei, welcher auch die Präsidentin Cristina Kirchner angehört, wenngleich im Flügel Frente para la Victoria, der sich immer wieder mal ein bisschen distanziert zeigte gegenüber dem peronistischen Führer.

Viel Lob und viele Freundschaftsbekundungen waren auch dieses Mal wieder omnipräsent beim Treffen zwischen den beiden Staatsoberhäuptern in Venezuela. „Meine Geehrte, Patriotin, Schwester“, schwärmte Chávez. „Ohne dich wäre dein Mann damals nicht Präsident geworden.“ Cristina dankte es ihm mit einem Lächeln.

Die zwei Präsidenten unterschrieben verschiedene Vereinbarungen: Cristina Kirchner sicherte sich damit zusätzliche Lieferungen fossiler Treibstoffe. Im Gegenzug garantiert Argentinien, Grundnahrungsmittel, insbesondere Fleisch- und Milchprodukte, nach Venezuela zu exportieren. In Chávez' Land herrscht zurzeit Lebensmittelknappheit.

Die Zusammenkunft war überschattet von den Vorfällen vom letzten Wochenende in Ecuador. Das kolumbianische Militär hatte auf ecuadorianischem Boden ein Guerrillalager angegriffen und dabei Raúl Reyes, den zweitwichtigsten Anführer der „Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens“ (FARC) getötet. Seither kriselt es in der Region, Ecuador und Venezuela haben ihre Botschafter aus Kolumbien zurückgezogen und Chávez versandte Truppen an die Grenze.

Bereits am Montag verurteilte Argentinien die militärischen Angriffe von Kolumbien scharf und stellte sich hinter Ecuador. Außenminister Jorge Taiana hielt in einem Presseschreiben fest: „Die Territorialhoheit eines Landes muss respektiert werden, es ist ein internationales Recht, dass nichts und niemand einfach übertreten darf.“ Cristina Kirchner rief in ihrer Rede am Donnerstag in Venezuela zum „Frieden“ auf. Sie bat, dass keine voreiligen und einzelgängerischen Aktionen gestartet würden, sondern dass solche Differenzen in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) diskutiert und gelöst würden. Die OAS hatte



Cristina Kirchner und Hugo Chavez einig: Es braucht Frieden.

Kolumbien eine Verletzung der ecuadorianischen Souveränität vorgeworfen, die Aktion aber nicht offiziell verurteilt. „Nur in Frieden können die Menschenrechte eingehalten werden“, so Cristina Kirchner. Chávez, der nun einen gemäßigteren Ton als am Anfang der Woche anschlug, rief ebenfalls zum Frieden auf.

Zuvor hatte sich die Präsidentin mit dem ecuadorianischen Staatsoberhaupt Rafael Correa getroffen, der ebenfalls nach Venezuela gereist war und um Unterstützung suchte. Sie bekundete ihm ihre Solidarität.

Cristina Kirchner reiste noch am Donnerstag weiter nach Haiti. Dort besuchte sie die argentinische UN-Blauhelme, die im Friedenseinsatz sind, nahm dann aber sofort weiter Kurs auf die Dominikanische Republik. Am Freitag nahm sie in der Hauptstadt Santo Domingo am Präsidententreffen der Rio-Gruppe teil, wo sie sich in ihrer Rede nochmals klar gegen das Vorgehen Kolumbiens aussprach.

Spanien liefert Ex-Militär aus

Buenos Aires/Madrid (AT/dpa/cal) – Der wegen Völkermordes angeklagte argentinische Ex-Offizier Ricardo Miguel Cavallo wird von Spanien an seine Heimat ausgeliefert, um dort vor Gericht gestellt zu werden. Dies beschloss die Regierung in Madrid am Freitag vergangener Woche. Damit ist das jahrelange juristische Tauziehen um den Fall beendet.

Der frühere Korvettenkapitän befindet sich seit 2003 in Spanien in Haft. Cavallo alias „Sérpico“ wird unter anderem Verschleppung und Folter von 337 Gegnern der letzten Militärdiktatur in Argentinien (1976-1983) angelastet. Von den entführten Regimegegnern verschwanden 227 spurlos.

Der mutmassliche Folterer wurde 2000 in Mexiko festgenommen und drei Jahre später an Spanien ausgeliefert, jemand hatte ihn dort erkannt. Der spanische Ermittlungsrichter Baltasar Garzan hatte gegen Cavallo und 98 weitere Mitglieder der Militärjunta Anklage wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit erhoben. Er rechtfertigte diesen Schritt damit, dass unter der Diktatur auch zahlreiche spanische Staatsbürger oder deren Nachkommen getötet worden seien.

Eigene Polizei

2009 will Macri 1000 neu ausgebildete Polizisten in Buenos Aires

Buenos Aires (AT/cal) – Mauricio Macris Geduld ist zu Ende. Der Stadtregierungschef von Buenos Aires will nicht mehr länger darauf hoffen, dass die Regierung von Präsidentin Cristina Kirchner ihm die Polizisten und die dazu nötigen Gelder – 900 Millionen Pesos pro Jahr – übergibt. So wird er wohl seine eigene Polizei aufbauen. Dies ist entschiedene Sache, nachdem Kabinettschef Alberto Fernández im Gespräch vom Freitag kein Entgegenkommen in dieser Sache gezeigt hatte.

„Wir konnten uns nicht einigen“, sagte Macri in einer Pres-

sekonzferenz gleich nach dem Treffen mit Fernández. So werde er nächste Woche eine Gesetzesvorlage zur Schaffung einer eigenen Polizei beim Stadtparlament einreichen. Macri: „Damit Buenos Aires von der nationalen Regierung unabhängig ist.“

Die Hauptstadt wird von der Bundespolizei bewacht. Die „Autonome Stadt Buenos Aires“ ist die einzige „Provinz“ von 24, die nicht über eine eigene Polizei verfügt. Die nationale Regierung bestimmt also über das Tun und Lassen der Sicherheitsleute in der Metropole. Dem Stadtregierungs-

chef sind oft die Hände gebunden.

Der Aufbau, die Struktur der geplanten Polizei soll angeblich unter anderem mit Hilfe von Experten der US-Bundespolizei FBI erarbeitet worden sein. Macri will eine neue Polizeiakademie gründen, die bereits Ende 2009 die ersten 1000 Absolventen ausspucken soll. In vier Jahren – bei Ende von Macris Amtszeit – wären es also 4000 neue Beamte. Allerdings, wovon sein Sicherheitsminister Guillermo Montenegro überzeugt ist, werden Bundespolizisten und anderes ausgebilde-

tes Sicherheitspersonal sicherlich zur Stadt als Arbeitgeben hinüber wechseln. Der Lohn eines „Stadt-polizisten“ werde um zwanzig Prozent besser sein als derjenige eines von der nationalen Regierung angestellten Beamten. Auch will die Stadtregierung die Kosten des Berufsmaterials, sprich Schusswesten und Uniformen, übernehmen.

Ob die Stadtpolizei und die Bundespolizei die Räumlichkeiten ergo Polizeiposten teilen werden, ist noch unklar. Das müsste zu einem späteren Zeitpunkt besprochen werden.

„Mit Lob und Strafe arbeiten“

Die Präsidentin ruft im Kongress zu mehr Sicherheit auf

Buenos Aires (AT/cal) – „Wir wollen eine Schule, die alle Tage offen hat“, sagte Cristina Kirchner insistierend. Die Präsidentin eröffnete am Samstag der vergangenen Woche mit einer Rede die diesjährigen ordentlichen Kongresssitzungen in Buenos Aires. Sie kündigte neue Projekte von Seiten der Regierung an, erwähnte aber die aktuellen Probleme kaum bis gar nicht.

Von 2003 bis 2007 seien die Löhne um rund 170 Prozent angestiegen, so Cristina Kirchner. Nichtsdestotrotz hätten die Lehrer im selben Zeitraum 1025 Tage gestreikt. „Es gibt keine schlechtere Erziehung als keinen Unterricht zu genießen.“ Sie kündigte an, dass in den kommenden Tagen das Erziehungsministerium mit einem Hilfsprogramm startet, welches erwachsenen Personen ermöglichen wird, die Schulausbildung nachträglich noch abzuschließen. Denn Studien haben ergeben, dass rund fünf Millionen Argentinier über 40 Jahre die Sekundarschule nicht abgeschlossen haben. Darunter findet sich etwa eine halbe Million, die nicht einmal die Primarschule absolvierte.

In ihrer Rede voll von Optimismus, Zahlen und Prognosen versprach sie, dass sie die Arbeitslosigkeit bis Ende ihrer Amtszeit in vier Jahren auf fünf Prozent senken wolle. Auch die Armut soll bis dahin zurückgehen. Sie lobte die Wirtschaftspolitik der Regierung ihres Mannes Néstor Kirchner. Argentinien verzeichne seit hundert Jahren den stärksten Wachstum. Über die immer wieder angezweifelte Inflationsrate verlor sie keine Worte, auch nicht über die ausländischen Investitionsgelder, die im großen Stil nach wie vor ausbleiben. Im kommenden Winter werde es nicht zu Gas- und Stromknappheit kommen, sagte sie aber bestimmt. Dabei setzt sie auf die Abkommen, die sie mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez unterschrieben hat (siehe Artikel „Ich bin Peronist“ oben).

Weiter forderte die resolute Frau mehr Sicherheit im öffentlichen Raum. Sie appellierte dabei an die Moral und an das Pflichtgefühl der Polizisten und Richter. Sie räumte ein: „Ich glaube, wir müssen wieder zum System zurückkehren, das mit Lob und Strafe arbeitet.“ Die Verbrecher dürften nicht einfach freigelassen werden, wie es oft passiere. Auch bat sie einmal mehr, dass die Richter die Prozesse gegen die Verbrecher der letzten Militärdiktatur (1976-83) schneller bearbeiten täten.

Weitere Neuerungen würden in den kommenden Tagen und Wochen offiziell angekündigt werden, sagte die 55-Jährige. So werde etwa das Gesundheitswesen in den nächsten Tagen ein Projekt vorstellen, um die Kindersterblichkeit zu verringern. In Sachen Infrastruktur verspricht sie, dass bis 2011 80 Prozent der Häuser fließendes Wasser haben.

Die Opposition kritisierte Kirchners Rede, sie habe die aktuellen Probleme schlicht nicht angesprochen.

WOCHENÜBERSICHT

Rund 440.000 Argentinier konsumieren Kokain

Rund 1,2 Millionen Argentinier rauchen Marihuana und etwa 440.000 konsumieren gelegentlich Kokain. Dies geht aus einer Studie hervor, die die staatliche Drogenpräventionsstelle (Sedronar) landesweit im Jahr 2006 durchgeführt hatte. Beunruhigt waren die Experten auch ob der Aussage: Kokain zu beschaffen, das ist einfach. Das beteuerten rund 35 Prozent der Befragten, die zwischen zwölf und 65 Jahre alt waren und in Städten mit mindestens 80.000 Bewohnern lebten. Untersucht wurden auch die „legalen Drogen“: 73 Prozent der Bevölkerung trinkt Alkohol und rund 52 Prozent gab an, Raucher zu sein.

Ex-Richter der Diktatur rausgeworfen

Justiz- und Sicherheitsminister Aníbal Fernández hat den Berater der Abteilung für internationale Angelegenheiten in seinem Ministerium entlassen. José Nicasio Dibur wird angelastet, dass er in der letzten Militärdiktatur (1976-83) Bundesrichter in der Hauptstadt Buenos Aires war. In dieser Funktion hat er zahlreiche Gesuche von Familienmitgliedern von verschwundenen Regimegegnern abgewiesen. Diese verlangten, dass die zuständigen Stellen mitteilen, wo sich ihre Angehörigen aufhielten, wo man sie hingebracht hatte. Betroffene und Menschenrechtsorganisationen hatten schon früher Diburs Arbeitsweise als Richter kritisiert. Der 67-Jährige war seit 1992 im Justizministerium angestellt.

Erster Gelbfieberfall in der Provinz Misiones

Bei einem jungen Mann in der Provinz Misiones wurde Gelbfieber diagnostiziert. Dies bestätigte am Montag der Gesundheitsminister der nördlichen Provinz, José Guccione. Es ist der erste Fall in Argentinien seit 47 Jahren. Der 24-Jährige steckte sich mit größter Wahrscheinlichkeit in der Nähe von Montecarlo, rund 200 Kilometer entfernt von Posadas, während der Arbeit im Feld an. In dieser Umgebung hatte man Ende Januar tote Affen aufgefunden, die am Gelbfiebervirus gestorben waren. In Paraguay starben in den letzten Wochen acht Menschen an Gelbfieber. In Misiones wurden nun weitere „Impfzentren“ eröffnet.

Regengüsse, Tornado und großer Sachschaden

Der Regen in Argentinien ließ einfach nicht nach: Letztes Wochenende kam es wiederum zu Überschwemmungen von Straßen in der Hauptstadt und in der Provinz Buenos Aires, was zu großen Schäden führte. Alleine bis letzten Montag reichten 150 Bewohner der Metropole bei der Regierung Schadenersatzforderungen ein, die bis zu 5000 Pesos pro Fall betragen können. In der Stadt La Plata der Provinz Buenos Aires waren rund 15 Prozent der Bewohner, etwa 90.000 Personen, von den Überschwemmungen betroffen. Angst und Faszination verbreitet zudem eine Wasserhose: Über dem Fluss Río de la Plata bildete sich letzten Sonntag ein kleiner Tornado – ungewöhnlich

für diese Zone.

Luis Patti bleibt in Untersuchungshaft

Gegen den früheren Polizeikommissar Luis Abelardo Patti ist letzten Mittwoch Anklage wegen Beteiligung an Mord erhoben worden. Gastón Goncalves, ein linksgerichteter Regimegegner, wurde 1976 zum letzten Mal lebend auf dem Polizeiposten in der Stadt Escobar in der Provinz Buenos Aires gesehen. Dort, wo Patti zu jener Zeit gearbeitet hatte. Erst zwanzig Jahre später fand man Goncalves' Leiche verscharrt auf einem Friedhof. Der zuständige Richter sieht es als erwiesen an, dass Patti Hauptkomplize in diesem Mord war. Der Ex-Polizeikommissar bleibt somit weiterhin in Untersuchungshaft, bis das mündliche Verfahren beginnt. Sein Anwalt wird gegen dieses Urteil Berufung einlegen. Auf Patti warten noch andere Prozesse, etwa wegen Entführung, Folter und illegalen Hausdurchsuchungen.

Gewerkschaftsführer feierte 20-Jahre-Jubiläum

Seit zwanzig Jahren die Zügel fest im Griff: Hugo Moyano feierte letzten Dienstag in der Hauptstadt Buenos Aires einen runden Geburtstag als Chef der Lastwa-

gengewerkschaft. Beim groß angelegten Anlass im Stadion des spanischen Sportclubs erwiesen nach Angaben der Polizei 30.000 Personen dem Gewerkschaftsführer die Ehre. Dazu zählten Arbeitsminister Carlos Tomada, Planungsminister Julio de Vido und die Präsidentin Cristina Kirchner in Begleitung ihres Ehemannes Néstor Kirchner - um nur einige zu nennen. Moyano ist auch Chef des bedeutenden Gewerkschaftsdachverbandes CGT.

Viele Parlamentarier sind weiblich

Argentinien, das gerne auch als Macholand bezeichnet wird, überrascht: Es belegt in einem Ranking, das angibt, welches Land wie viele Frauen im Parlament vertreten hat, mit 40 Prozent den vierten Platz. Überhaupt hat es in den Parlamenten auf der Welt noch nie so viele Frauen gegeben: 17,7 Prozent aller Abgeordneten sind weiblich, wie die Interparlamentarische Union (IPU) am Dienstag in Genf mitteilte. Auf Platz eins steht Ruanda. In dem ostafrikanischen Land mit rund neun Millionen Einwohnern sind fast 48,8 Prozent der Abgeordneten Frauen, nachdem ein Quotensystem eingeführt worden war.

(AT/cal/dpa)

Randglossen

Zum zwanzigsten Jubiläum als Gewerkschaftschef der Lastwagenfahrer konnte Hugo Moyano, derzeit auch CGT-Chef, seine politische Allianz mit dem Ehepaar Kirchner dank eines öffentlichen Festes im Stadion eines Fußballklubs gebührend feiern. Moyano setzt mit Kirchner und Gattin alle Forderungen zugunsten seiner Hausgewerkschaft sowie anderer Gewerkschaften durch, die Staatsgelder kosten und die Arbeitgeber belasten, die wiederum die Mehrkosten auf ihre Preise abgeben. Das nennt sich Lohninflation, die nicht nur die Konsumenten, sondern insbesondere die Exportindustriellen belastet, nachdem der Wechselkurs stabil bleibt, während die Lohnkosten 20 Prozent und mehr im Jahr zunehmen. Auch in der bevorstehenden Neuorganisation der regierenden Justizialistischen Partei wird Moyano als Vizepräsident kräftig mitwirken, damit die politische Allianz mit dem Ehepaar Kirchner auch parteimäßig abgesichert ist.

Mit ihrer Klage gegen die Polizei, dass diese sogenannte Freizonen, Spanisch genannt "zonas liberadas" unterhält, hat sich Präsidentin Cristina Kirchner in ihrer Rede zur Einweihung der diesjährigen Sitzungsperiode des Kongresses, selber angeklagt. Die Bundespolizei, soweit diese gemeint war, hängt direkt von der Exekutive ab, die ihre Befehle durch den Justizminister Aníbal Fernández weitergibt. Ansonsten sind die Provinzpolizeien gefordert, die Klage der Präsidentin zu widerlegen, dass sie solche Freizonen zulassen, in denen die Verbrecher tun und walten können, ohne von der Polizei belästigt zu werden. Das Argument der Präsidentin, dass die sogenannten Freizonen der Polizei von der Militärregierung abgucken worden seien, ist sicherlich an den Haaren herbeigezogen. Bisher hatte niemand der Polizei vorgeworfen, dass sie Freizonen zulässt, anstatt die Verbrecher zu bekämpfen.

Auf gleichem Kurs

Wer vom Rechenschaftsbericht der Präsidentin Cristina Kirchner vor beiden Kammern des Kongresses etwas Neues erwartet hat, wurde sicherlich bitter enttäuscht. Die freie Rede anstatt des traditionell vom Blatt abgelesenen Vortrags verhinderte den Vorabdruck für die Parlamentarier auf ihren Bänken, wirkte dafür rhetorisch besser, wie es die Präsidentin bereits am 10. Dezember anlässlich ihrer Amtseinweihung ebenfalls in freier Rede geübt hatte. Anders als ihr Vorgänger und Gatte Néstor Kirchner, dessen politische Laufbahn nur exekutive Posten (Bürgermeister, Provinzgouverneur und Staatspräsident) aufzeigt, merkt man der amtierenden Staatschefin ihre zwanzigjährige parlamentarische Erfahrung an, wo es verboten ist, vom Blatt abzulesen. Sie sprach frei und hatte Zahlen und Prozente im Gedächtnis, mit denen sie zumal im ersten Kapitel ihres Berichts, der der Wirtschaft gewidmet war, immer wieder aufwartete.

Der Rechenschaftsbericht eines Präsidenten sollte politisch gefärbt sein. Bei Cristina Kirchner war die Politik weitgehend abwesend. Nicht einmal das leidige Problem der politischen Parteien, über deren Reform in den Medien immer wieder gemutmaßt wird, dass die Regierung Änderungen des geltenden Statuts vorbereitet, verdiente eine Erwähnung, so dass offenbar alles bleiben wird, wie es bisher war. Über 700 sogenannte politische Parteien machen den Wählern mit ihrer Kandidatenschwemme das Leben in der Wahlkabine vielfach schwer und verzögern die Auszählung der Stimmen bei wachsender Neugier über die Ergebnisse.

Dafür dominierte die Wirtschaft den Bericht, als ob die Präsidentin gelernte Nationalökonomin wäre, was mitnichten stimmt. Sie brüstete sich mit dem Wachstum der Wirtschaft seit Mitte 2002 als die längste Wachstumsperiode in der Geschichte, ohne auf die entscheidende Wirkung der Commodity-Hausse und die zunehmenden Ernten hinzuweisen, die das Wirtschaftswachstum maßgebend bewirkt haben. Der Landwirtschaft, von der ganz Argentinien schließlich lebt, widmete die Präsidentin ebenso wenig Beachtung wie ihr Gatte von 2003 an. Dabei ist Argentinien weltweit als effizientes Agrarland gefordert, zum Wachstum der seit über zehn Jahren stagnierenden Welternnten beizutragen, um eine Weltbevölkerung von derweil über 6,6 Milliarden Menschen zu ernähren, die bis Mitte des 21. Jahrhunderts auf mehr als 9 Milliarden wachsen könnte und ernährt werden will.

Die Energie befindet sich laut Cristina Kirchner keineswegs in einer Krise, als ob die Stromsperre des vergangenen Winters nicht gewesen wären. Sie polemisierte in ihrer Rede mit früheren Energiebeamten der Alfonsín-Regierung, als ebenfalls Strom knapp war, und ließ deren Einwände zur jetzigen Energielage nicht gelten, weil sie die Kritiker als gescheiterte Beamte einstufte.

Die staatliche Banco de la Nación Argentina wird demnächst mit Darlehen für mittelständische Unternehmen, hierzulande im Kürzel Pymes genannt, aufwarten, derweil die Präsidentin die privaten Banken kritisierte, weil sie den Konsum finanzieren und die Investitionen beiseite lassen, als ob das eine böswillige Handlung der Bankiers wäre. Die Zentralbank bereitet ein neues Swap-System für Kredite in Pesos zu längeren als den jetzigen Fristen sowie niedrigeren Zinssätzen vor, deren Details sie freilich nicht mitteilte.

Ein langfristiges Infrastrukturprogramm wird die Regierung vorbereiten, nachdem in allen Gliedstaaten die entsprechenden Bedürfnisse ermittelt werden. Solche Pläne setzen freilich Prioritäten voraus, die bei der Regierung offenbar umgekehrt funktionieren, wie die Bestätigung der Hochgeschwindigkeitsbahn von Buenos Aires über Rosario bis Córdoba offenbarte, die freilich an der Finanzierung hapert.

Für 2010, wenn Argentinien die 200 Jahre der Loslösung von Spanien feiern wird, kündigte die Präsidentin kühne soziale Ziele an wie die Senkung der Arbeitslosigkeit auf fünf Prozent der arbeitswilligen Bevölkerung und eine fühlbare Herabsetzung der Armutsindikatoren. Für das Schulwesen bestätigte sie das bisherige Ziel von 180 Schultagen, das freilich nicht eingehalten wird, weil wegen Lehrerstreiks seit 2003 über tausend Schultage ausgefallen sind. Obwohl die Regierung zu Lasten der Gliedstaaten das Mindestgehalt für Lehrkräfte unlängst um 24 Prozent angehoben hat, bestehen einige Gewerkschafter immer noch auf Schulstreiks, die die Präsidentin geißelte.

Die Gesundheit soll durch konkrete Sozialprogramme zur Verhütung gewisser Kinderkrankheiten verbessert werden, wobei die Präsidentin ihre Gesundheitsministerin mit dem Vornamen Graciela erwähnte, ohne den Nachnamen Ocaña zu nennen. Die Justiz soll verbessert werden, um die sich der Oberste Gerichtshof kümmern soll, den die Präsidentin unterschwellig ermahnte, weil er der Exekutive und der Legislative Vorschriften erteilt. Ge-

meint ist offenbar das vom Gerichtshof gewünschte Gesetz zur Indexierung der Altersrenten, das die Regierung nicht umsetzt. Sie begnügt sich mit gelegentlichen Aufbesserungen der Renten, ohne automatische Indexierung.

Die Rede der Präsidentin wurde öfters durch Beifall der Parlamentarier unterbrochen, wie es bei solchen Anlässen üblich ist, gleich wer das höchste exekutive Amt gerade innehat. In der Öffentlichkeit wurde zumal die Inflation als Problem vermisst, die Präsidentin Kirchner überhaupt nicht erwähnte, als ob es sie nicht gäbe. Dabei handelt es sich derzeit um das heißeste politische Eisen, an dem sich Minister und Staatssekretäre die Finger verbrennen. Die Präsidentin scheut sich mangels konkreter Lösungen, die Inflation überhaupt zu erwähnen, in der Argentinien längst weltweiter Vorreiter mit wenigen Begleitern ist.

Rekordschütze

Buenos Aires (AT) – Er legte sich den Ball zurecht, lief an und schoss. Als das Leder im Netz zappelte hatte Martín Palermo gleich mehrfach Grund zum Jubeln. Der verwandelte Elfmeter sicherte seiner Mannschaft den 1:0-Sieg über Gimnasia de la Plata. Am vierten Spieltag des Torneo Clausura brachte er die Boca Juniors damit an die Tabellenspitze.

Aber auch sich selbst beschenkte der Mittelstürmer reich: Es war sein 180. Treffer im blau-gelben Boca-Trikot. Mit dem Vereinsrekord schob er sich gleichzeitig an die Spitze der Torschützenliste der laufenden Saison. „Ich kenne keine Grenzen“, sagte Palermo nach verrichteter Arbeit. Stolz lächelte er in die Kameras der Journalisten.

Nur wenige Tage später gab es dann schon wieder Grund zur Freude. Im Copa Libertadores erzielte Martín ein weiteres Tor beim 3:0 in der heimischen Bombonera gegen die mexikanische Mannschaft Atlas – Nummer 181. Eine besondere Genugtuung für Palermo, der bisher vor allem für einen anderen Rekord bekannt war, der ihm einen Eintrag im Guinnessbuch gesichert hatte: In einem Spiel der Copa Americana 1999 hatte der in La Plata geborene Palermo es fertig gebracht gegen Kolumbien drei Elfmeter zu verschießen.

Mit den Toren der vergangenen Woche überholte er den bisherigen Rekordschützen Francisco Varallo, der in den 30er-Jahren Bocas Haupttorlieferant war. Mit der Bestmarke will sich Martín Palermo noch lange nicht zufriedengeben. Bescheiden ließ er verlauten: „Ich werde auch in Zukunft meine Tore machen.“

TABELLEN

Fußball

Torneo Clausura, Argentinien

4. Spieltag: Huracán - Central 1:1, Banfield - Arsenal 1:3, Colón - Tigre 1:2, Gimnasia J - Vélez 0:0, Independiente - Argentinos 2:0, S. Lorenzo - Estudiantes 3:1, Olimpo - Lanús 3:2, Newell's - Racing 1:0, Gimnasia - Boca 0:1, Abgebrochen: River - S. Martín.

Tabelle: 1. Boca 10, 8:1; 2. Vélez 10, 9:3; 3. Estudiantes 9, 10:6; 4. Arsenal 9, 6:4; 5. River 7, 4:0; 6. Newell's 7, 5:5; 7. Huracán 7, 4:4; 8. S. Martín 6, 3:2; 9. Lanús 6, 8:5; 10. Independiente 6, 6:4; 11. Tigre 6, 6:8; 12. Central 5, 4:4; 13. Olimpo 4, 4:6; 14. Gimnasia 3, 3:5; 15. Colón 3, 8:11; 16. San Lorenzo 3, 3:6; 17. Banfield 3, 5:9; 18. Argentinos 3, 2:8; 19. Racing 2, 2:5; 20. Gimnasia J 0, 4:2.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

AUSFLÜGE UND REISEN

Unbekanntes von der Kathedrale



Frontansicht der Kathedrale.

Kaum eine andere bedeutende Kirche der christlichen Welt kann eine derart wechselvolle Geschichte aufweisen wie die erzbischöfliche Kathedrale von Buenos Aires. Seit dem Bau der ersten, armseligen Kapelle anno 1585 ist das Gotteshaus fünfmal teilweise oder ganz eingestürzt oder abgebrannt, so 1593, 1603, 1671, 1727 und 1752. Sogar die Kuppel folgte einmal dem Gesetz der Schwerkraft. Erst seit 1820 sieht das Bauwerk etwa so aus, wie wir es heute kennen, doch auch danach wurden noch zahlreiche Modifizierungen vorgenommen.

Der Bau von 1593 wurde übrigens auf Initiative von Martín del Barco Centenera errichtet, ausgerechnet jener Priester und Dichter, der das epische Geschichtspoem „Argentina y Conquista del Río de la Plata“ herausgab, auf das der Name Argentinien zurückgeht.

Soviel Ungemach erklärt sich aus den Gegebenheiten. Im weiten Rund um Buenos Aires gibt es kein Felsgestein, aus dem man Bauquader hätte gewinnen können. Selbst Backsteine konnte man nicht herstellen, weil es an dem zum Brennen erforderlichen Holz mangelte; die Benutzung von Lehmziegeln war also angesagt. Erst die Jesuiten brachten dann ab 1722 mühevoll vom Steinbruch auf Martín García geschlagene Steine zum Bau ihrer San Ignacio-Kirche.

Ohne geeignete Baumaterialien, mit Stroh, Reisig und Lehm als notdürftiges Material für die Dachbedeckung, das den heftigen Regenfällen nicht lange widerstand, waren die wiederholten Probleme mit der Baulichkeit vorprogrammiert. Weil es an geeigneten Materialien mangelte, besaß die Kathedrale - auch das quasi ein Unikum - nur wenige Jahre lang zwei bescheidene Türme. Die Straße vor der Kirche hieß deshalb Calle de las Torres, bis sie zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Rivadavia umbenannt wurde. Die Türme hatten ohnehin Wind und Wetter nicht lange (nämlich von 1671 bis 1753) getrotzt.

Immerhin: die ersten Backsteine, die in Argentinien gebrannt und vermauert wurden, waren für die endgültige Ausführung der Kathedrale (seit 1836) bestimmt. So steht es zu lesen im „Handbook of the River Plate Republic“, Buenos Aires 1875, von M.G. und E.T. Mulhall - der erste umfassende Reiseführer durch Argentinien nach Utz Schmidts „Warhaftige Geschichten“ von 1602 und Concolorcorvos „Lazarillo de Ciegos Caminantes de Buenos Aires a Lima“, 1775.

Die Mulhalls schreiben in ihrem Vademekum auch, dass an der Ecke der heutigen Straßen San Martín und Rivadavia ein Baustein eingemauert sei, der von einem Gebäude der ersten Stadtgründung stammt. Das kann aber so nicht sein, denn seinerzeit wusste man nicht, dass 1536 Pedro de Mendoza Buenos Aires am Riachuelo de los Navíos, der heutige Río Luján in der Gegend von Escobar, angelegt hatte. Es handelt sich vielmehr um einen Adobe aus der vorangegangenen Baulichkeit.

Das wäre eines der bis heute ungeklärten Mysterien.

Die Parzelle, noch von Stadtgründer Juan de Garay 1580 bei der Losverteilung an die ersten 65 Siedler zugewiesen, ist übrigens nicht exakt rechteckig, sondern trapezoidal: an der Rivadavia etwas breiter als zum Hochaltar zu, merkt jedoch niemand.

Ein schwierig zu lösendes Problem war die Bedachung. Auch hier

wiederum: weit und breit kein geeignetes Langholz für die Querbalken. Bis Paraguay musste um 1715 ein Abgesandter des Bischofs reisen, um dort Baumstämme für das Gebälk zu beschaffen, die nach mannigfaltigen Gefährnissen zwei Jahre später in Buenos Aires eintrafen.

Einer weiteren Überlieferung zufolge soll irgendwo im Inneren des Gotteshauses das Grundmaß für die bei uns bis zur Einführung des Meterpatrons geltende spanische Vara eingraviert sein, aber offenbar wurde sie durch unwissende Maler übertüncht und ist bis heute verschollen.

Deshalb weiß man bis jetzt nicht exakt, ob diese Vara nun 85,3 oder aber 83,5 Zentimeter hatte, wahrscheinlich gilt das letztere Maß, das



Blick auf den Hochaltar.

lange Zeit als Grundlage für die Parzellierung der Baulose von Buenos Aires galt. Ein weiteres Mysterium.

Ferner galt lange Zeit eine noch vorhandene Fliese mit einem Stern am oberen Treppenabsatz des Vestibüls als die offizielle Höhenangabe für die Stadt Buenos Aires: 18 Meter und 44 Zentimeter über Normal Null.

Gelegentlich kann man auch Orgel- und Chorkonzerte in der Kathedrale hören. Die Orgel ist übrigens deutschen Ursprungs, 1871 konstruiert, vier Jahre später fertig installiert, hervorragende Akustik, 2846 Pfeifen.

Das Relief des Frontispiz über dem Säulenportal stammt von J. Dubourdieu und zeigt Jakob und seinen Sohn Josef.

Schließlich ist in einer seitlichen Kapelle General José Francisco San Martín y Matorras beigesezt, aber nicht unter dem eigentlichen Dach, sondern außerhalb des Hauptgebäudes. Doch das ist schon wieder ein weiteres, auch sehr interessantes Kapitel.

Täglich ab 11.30 Uhr gibt es Führungen, Tel.: 4331-2845.

Flyer
Lufthansa
City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

Marlú

„Sein Tod hilft wenig“

Bis heute trauern die Hinterbliebenen der Attentate auf AMIA und Botschaft um die Opfer

Von David Schelp

Buenos Aires (AT) – Als die Stimme am Telefon sagte, er müsse sofort kommen, es sei etwas wirklich Schreckliches geschehen, legte sich Sergio Burstein zunächst in die Badewanne. Schweigend sah er zu, wie die kleinen Inselchen aus Schaum ihre Runden durch das lauwarme Wasser zogen. Ganz wie die Lastkähne auf dem



Sergio Burstein (l.) und Carlos Susevich verloren erste Liebe und Tochter.

einige Kilometer entfernten Rio de la Plata. Dann stieg er aus der Wanne, kleidete sich an und verließ das Haus. In der Farmacia an der Ecke kaufte er noch schnell eine Flasche Alkohol. Die Schnitte und Platzwunden der vielen Verletzten, von denen ihm sein Freund am Telefon berichtet hatte, wollten schließlich gesäubert werden.

„Ich dachte, ich müßte sie desinfizieren“, sagt Burstein. Fast entschuldigend blickt er zwischen dem Flachbildschirm und dem klobigen Tresor hervor, der neben dem Schreibtisch in seinem Antiquariat im Zentrum von Buenos Aires steht. Bedächtig zupft er am voluminösen Schnauzer, der seinem Gesicht einen freundlich Ausdruck verleiht. „Vollkommen idiotisch, ich weiß“, sagt er. Es sei gewesen, als hätte jemand einen Schalter umgelegt in seinem Kopf, der logisches Denken unmöglich machte. Bis er am Unglücksort eintraf. Wo zuvor einer der Mittelpunkte jüdischen Lebens in Argentinien gestanden hatte, war nur noch Schutt. Als er den Rauch roch und die Rufe der Helfer hörte, erwachte Burstein aus seinem Schockzustand. „Ich wußte es sofort“, sagt er. „Das konnte Rita nicht überlebt haben.“

Vierzehn Jahre ist es her, dass ein mit Sprengstoff beladener Renault Trafic die Eingangspforten des jüdischen Gemeindezentrums AMIA durchbrach, bevor er explodierte. 85 Menschen starben am 14. Juli 1994 in der Avenida Pasteur 633. Unter ihnen Rita Worona – Bursteins erste große Liebe, die Mutter seiner Kinder, seine immer noch „engste Vertraute“. Die folgenden sechs Tage verbrachte er mit der Suche nach ihr.



Dutzende Körper entrisen er und die anderen Helfer einer feindseligen Wolke aus Staub und dem immer beißenderen Gestank der Verwesung. Dann fand ein Freund Rita. Leblos lag sie unter einem Tisch, der ihren Körper vor den fallenden Mauern geschützt hatte. „Keine Brüche oder Schnitte – nada“, sagt Burstein. Zwei Jahre waren da vergangen, seit ein Selbstmordattentäter

am 17. März 1992 die israelische Botschaft im Stadtteil Retiro dem Erdboden gleichgemacht, 29 Unschuldige getötet und Hunderte verletzt hatte.

Es gibt nur wenige Fotos von dem Mann, der den Terror zweimal in Argentiniens Hauptstadt gebracht haben soll. Sie zeigen ihn schlank, untersetzt, mit Brille, ohne Brille – einen Meister der Verwandlung. Mehrfach soll sein Aussehen operativ verändert worden sein. Nur den dichten schwarzen Vollbart trägt er auf allen Aufnahmen. Ein letztes Bild zeigt seinen Sarg: In gelbe Fahnen gehüllt, trägt ihn eine aufgebrauchte Menge von Hisbollah-Anhängern am 12. Februar dieses Jahres durch die Straßen Damaskus'. Einen Tag nachdem eine Autobombe Imad Mughnija getötet hatte. „Die Welt ist ein besserer Ort ohne ihn“, jubelte man im US-Innenministerium. Mossad-Chef Danny Yatom sprach von einem „großen Erfolg der freien Welt“.

Auch Sergio Burstein freute sich über den Tod des Top-Terroristen. Zumindest für einen Augenblick. „Da war dieses animalische Gefühl der Rache“, erzählt er. „Du bist so gestorben, wie du die Menschen getötet hast. Ich wünschte, du wärest tausend Mal so gestorben!“ Das war der erste Gedanke. Dann merkte Burstein, dass er nichts gewonnen hatte. Einmal mehr sei er um die Chance auf Gerechtigkeit gebracht worden. „Und ausgerechnet eine Bombe mußte es sein. Hijo de Puta“, flucht er. Die sonst so ruhigen Augen blinzeln hilflos.

Seine inzwischen erwachsenen Kinder sprächen kaum über den Tod

ihrer Mutter. Die Kleinen seines Sohns Mariano assoziieren die tote Großmutter mit den Kerzen und niedergelegten Rosen der jährlichen Gedenkfeiern. Burstein stürzt sich in das Gedenken: Er hält Reden auf Hinterbliebenen-Treffen des Opferverbandes ‚Familiars de las Víctimas del atentado‘, gibt Interviews, klagt immer wieder die vielen Versäumnisse der Ermittler an. Deren Liste ist lang. Von Beginn an sei verschleiert worden, sagt Burstein. Insbesondere unter Ex-Präsident Carlos Menem und Staatsanwalt Juan José Galeano, der 2003 entlassen wurde, nachdem er einem Zeugen Geld für dessen Aussage geboten hatte. Nestor Kirchner, dessen Frau Cristina vor kurzem sein Präsidentenamt übernahm, bezeichnete die Ermittlungen seit 1994 als „nationale Schande“.

Die Hoffnung, eines Tages zu erfahren, warum Rita sterben musste, hat Burstein dennoch nicht aufgegeben. Ständig nachhaken, auf Aufklärung drängen, das ist seine Art, Rita und all die anderen am Leben zu halten – und die Bilder zu verdrängen, die er seit den Stunden zwischen zerborstenem Mauerwerk und wahrlos zerstreuten Büromöbeln nicht mehr vergessen kann.

Bilder, die kommen, wenn ihm irgendwo in den Straßen Buenos Aires' ein fauliger Geruch in die Nase steigt. „Und das kommt hier häufiger mal vor.“ Sequenzen, die vor seinen Augen aufblitzen, wenn er Schreie oder das Knallen von Böllern hört. Das letzte Mal geschah es, als er zu Hause vor dem Bildschirm sein Fußballteam River Plate anfeuerte – an einen Stadionbesuch ist gar nicht zu denken. Der Kommentator bejubelte einen „Bombenschuss“: Schon katapultierte es Burstein um 14 Jahre zurück in die qualmende Ruine des AMIA-Gebäudes. „Ich habe so unglaubliche Dinge gesehen“, flüstert er. Am tiefsten brannten sich zwei tote Frauen in sein Gehirn ein. Eng umschlungen kauerten sie in einem Hohlraum zwischen einigen Betonblöcken, als er sie fand. Mit der Hand fährt er sich durch die grauen Haare. „Ich danke Gott, dass ich nicht träume und schlafen kann. Dabei bin ich gar nicht religiös.“

In Hunderten Therapiesitzungen konnte die Psychologin Ester Grosman beobachten, wie schwerwiegend die Folgen sind, mit denen die Hinterbliebenen zu kämpfen haben. Die Traumata, die Trauer, die Verzweiflung. Jeder verarbeite sie anders – doch zwei Fragen seien immer wieder aufgetaucht. „Erstens: Warum ihre Lieben sterben mußten. Zweitens: Wer hat sie getötet?“ Jahrelang hat die 58-Jährige Angehörige der Opfer der Attentate auf die Botschaft und AMIA betreut. Es habe halbe Ewigkeiten gedauert, bis sie die Trauer so weit im Griff gehabt hätten, um sich diese Fragen überhaupt stellen zu können. „Besonders die Kinder und Jugendlichen waren noch nicht gefestigt genug, um mit der Tragödie umzugehen.“ Dann, endlich beim ‚Warum?‘ und ‚Wer?‘ angelangt, wartete schon der nächste Schlag: Die Aufklärung blieb aus. Das Verlangen nach Gerechtigkeit unbefriedigt. „Da hilft der Tod der Verantwortlichen wenig.“

Mit einem höflichen ‚Buenas tardes‘ öffnet Carlos Susevich die Tür zu seinem Ein-Zimmer-Appartement unweit der Avenida Corrientes. Auch der kleine ältere Herr mit dem sorgfältig nach hinten gelegten Haar kennt das zermürbende Warten auf Gerechtigkeit. Tiefe Furchen aus Trauer und Resignation hat es ihm in die Augen gezeichnet. Der Tod des mutmaßlichen Mörders seiner Tochter? „Er hätte leben sollen. Im Gefängnis. Sein Tod bringt keine Antworten“, sagt der 84-Jährige. 42 Jahre alt



Hinter hohen Mauern: Das AMIA-Denkmal.



Plaza Embajada de Israel: Lücke im Häuserblock.

(Fotos: Miriam Tamayo)

war Liliana Graciela Susevich de Levinson, als sie am 17. März 1992 von der Detonation in der israelischen Botschaft überrascht wurde. Als Verwaltungsangestellte arbeitete sie in einem der unteren Stockwerke. „Deshalb war sie unter den letzten Toten, die geborgen wurden“, sagt Susevich.

Schon immer seien sie eine solidarische Familie gewesen. Das habe geholfen. Erzählt er, wie es ihm seit dem Angriff auf die Botschaft ergangen ist, spricht Susevich stets im ersten Plural. Unter der Glasplatte seines Schreibtischs lächeln ihm fröhliche Gesichter entgegen. Eine bunte Collage dutzender Fotos dokumentiert Familienfeste und ausgelassene Kindergeburtstage. Jahre dauerte es, bis ein schier endloses Tal der Trauer durchschritten war. „Erst dann konnten wir unser Leben neu beginnen“, sagt er.

Einmal im Monat begleiten ihn seine Kinder und Enkel zum ‚Plaza Embajada de Israel‘. Und mittlerweile acht Urenkel. „Für sie ist meine Tochter die Oma, die nicht mehr da ist“, sagt Susevich. Ein trauriges Lächeln umspielt seine Lippen. Wo Liliana bis 1992 Akten sortiert und Berichte verfasst hat, klafft heute eine Lücke. An der weißen Wand des Nachbargebäudes zeichnen sich noch grau die Umrisse der alten Botschaft ab. Ein bröcklicher Abdruck besserer Zeiten. So oft wie möglich komme er her. „Die Stadtverwaltung hat leider die Tendenz, die Anlage zu vernachlässigen.“

Symbolisch sei das. Dafür, wie die Behörden sich im Fall der Botschaft, aber auch von AMIA, verhielten. Dass internationale Terroristen die Anschläge verübt hatten, vermutete Susevich von Anfang an. Doch ohne Hilfe vor Ort? Das sei unrealistisch. Wo hatten sie übernachtet? Wer hatte ihnen das Auto besorgt, mit dem sie den Sprengstoff an die Mauern der Botschaft gesteuert hatten? „Es muss jemand geholfen haben“, sagt Susevich, betont das ‚muss‘ mit Nachdruck.

Auf der Anklagebank saßen immer wieder Angehörige der sogenannten ‚conexión local‘. Der Begriff umschreibt jene Kreise, die sich an der Durchführung der Anschläge beteiligt haben sollen. Aus dem Umfeld von ‚Bonaerense‘, der Polizei der Provinz Buenos Aires und Militär kamen sie zumeist – in den Sicherheitskräften soll der Boden für antisemitisches Gedankengut fruchtbar sein. Sie alle wurden freigesprochen. Auch, dass den per internationalen Haftbefehl gesuchten Hintermännern

nern, zu denen Imad Mughnija gehörte, je der Prozess gemacht wird, ist unwahrscheinlich. Urteile können in Argentinien nur gesprochen werden, wenn der Angeklagte persönlich vor Gericht erscheint.

Im Bücherregal neben der Couch steht ein Foto, das Carlos Susevich mit Bill Clinton zeigt. Der habe sich für ihre Geschichte interessiert. Religiöse Symbole wie die sieben Arme der Menora sucht man vergeblich. „Ich bin nicht sonderlich gläubig“, sagt Susevich. Schon die Eltern, die als Kleinkinder aus Rumänien kamen, seien liberal gewesen. „Trotzdem habe ich Liliana das Kaddish gesprochen.“ Mit rund 200.000 Mitgliedern hat Argentinien die größte jüdische Gemeinde Südamerikas – offiziell gibt es hier keinen Antisemitismus. „1992 lernte ich, dass das nicht stimmt“, sagt Susevich.

Einige Tage später. Sergio Burstein will zeigen, wo das Unglück geschah, das sein Leben mit einem großen Knall änderte. Vorbei an bulligen Männern mit Knopf im Ohr geht es durch die Sicherheitsschleuse. Grüßend hebt Burstein die Hand, deutet auf seinen Besuch. „Die gehören zu mir“, ruft er und tritt in den Innenhof des Hochsicherheitstraktes, der das AMIA-Gebäude heute ist. Im Schatten einer meterhohen Mauer, direkt vor dem neu gebauten Hochhaus, stehen bunt bemalte Stelen. Die Gedenkstätte für die Opfer des Anschlags. Eine AMIA-Mitarbeiterin führt eine Gruppe amerikanischer Touristen durch die Anlage. Sie seien gekommen, um zu sehen wie es den Juden Buenos Aires' gehe, nach den Angriffen, sagt ein Anwalt aus Chicago. Burstein horcht auf. Ärgerlich verdreht er die Augen.

„Das regt mich am meisten auf“, sagt er. Dass es immer noch heißt: „Die Juden sind angegriffen worden.“ Es habe sich nicht nur um ein Attentat auf die jüdische Gemeinde gehandelt, das müsse man endlich begreifen in der Welt – erst recht in Argentinien. Mit dem Zeigefinger deutet Burstein auf den Boden unter sich. „Hier sind Argentinier und Ausländer ums Leben gekommen. Katholiken und Juden“, sagt er. „Es war ein Angriff gegen die Menschen.“

Mangelhafte Zollkontrolle

Die Generalstaatsanwaltschaft (Auditoría General de la Nación) hat einen negativen Bericht über das Zollamt abgegeben. Das Informatik-Kontrollsystem Maria wird als veraltet bezeichnet. Es stürzt oft ab, was die Schmuggelkontrolle durch monatliche Statistiken unmöglich mache.

Der Bericht für 2006 bezieht sich auf die allgemeine Zollverwaltung und die Zollämter von Paso de los Libres, Clorinda, Mendoza, Pocos y Concordia. Die Experten beanstandeten Zeitverluste in der Einführung eines einheitlichen Informatiksystems, um die Arbeitsabläufe effektiv zu kontrollieren. Diese Zeitverluste machen die Kontrollen ausserhalb der laufenden Arbeitszeiten unmöglich, desgleichen die Belastungen des Publikums mit den tatsächlich angefallenen Kosten.

Ausserdem gestatte das Maria System weder das teilweise, noch das vollkommene Zusammenrechnen der einzelnen Zollabfertigungen, weder nach Mengen, noch nach Werten. Das erschwere die Kontrollen durch Gegenüberstellungen der Statistiken, die von den verschiedenen Ämtern der Zollbehörde monatlich angefertigt werden. Die Arbeit muss manuell, mit den entsprechenden Ungenauigkeiten, durchgeführt werden.

Das Discoverer System, das zum ersten Mal an Grenzübergängen von Uspallata eingesetzt wurde, wird von den Experten als, mit der verfügbaren Geräten, schwerfällig und langsam beurteilt, obwohl die Erfahrungen über das Verfolgen von Lkw in Anrainerstaaten wertvoll seien.

Eine weitere Beanstandung de María Systems ist, dass es keine Kontrolle der leeren Lkw enthält. Alleine durch das Zollamt von Mendoza kamen im Bezugszeitraum 120.000 leere Lkw ins Land und 18.000 verliessen es.

Dazu käme, dass in den Granzgebieten Gerätepannen häufig seien, durch gerätebedingte Ursachen oder Probleme der Telefonleitungen, manchmal von mehr als 7 Wochenstunden ohne Informatik, wie im Zollamt von Paso de los Libres. Dieses Zollamt durfahren wöchentlich rd. 7.000 Lkw, was eine bedeutende Anzahl von Warentransporten ohne Informatikkontrolle ergibt.

Kultur-Notizen

Neue Tageszeitung "Crítica"

Buenos Aires (AT/SF) - Die Startauflage von 80.000 Exemplaren war schnell vergriffen und gibt dem Team um Direktor/Chefredakteur Jorge Lanata berechtigte Hoffnung auf Erfolg: Am vergangenen Sonntag erschien erstmals die neue argentinische Tageszeitung "Crítica de la Argentina".



Insgesamt gibt es damit jetzt 12 Tageszeitungen in Buenos Aires. Der Journalist Lanata, Gründer von "Página/12" und dem Magazin "Veintitres", glaubt nicht an den Tod der Printmedien, der "von den Yankees" propagiert worden sei. "Mir gefällt der Gedanke, dass hier im Süden jetzt ein paar Verrückte die letzte gedruckte Zeitung machen", setzt er dagegen. Das neue Projekt des 47-Jährigen erscheint zwar gemeinsam mit einem Online-Portal, das Original könne dieses jedoch nicht ersetzen. Lanata will reinen Journalismus machen, es gehe bei "Crítica" nicht darum, für oder gegen die Regierung zu sein. Im Vordergrund steht bei dem Blatt, das ohne Beilagen erscheint, der Nachrichtengehalt. Der Name "Crítica" spielt auf die gleichnamige Zeitung an, die 1913 von Natalio Botana gegründet wurde und bis zum Jahr 1962 erschien. Von 1920 bis 1930 war "Crítica" die meistverkaufte Zeitung des Kontinents. Geschäftsführender Herausgeber der neuen "Crítica" ist der Schriftsteller Martín Caparrós. Einen interessanten Dokumentarfilm über den Countdown bis zur ersten Ausgabe (auf Spanisch) findet man unter www.television.com.ar/tvonline/player/asp, Suchbegriff: "El último diario de papel".

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,17, die Rofex Terminkurse zum 31.3. \$ 3,164, 30.4. \$ 3,175, 1.6. \$ 3,186, 30.6. \$ 3,199, 31.7. \$ 3,213, 1.9. \$ 3,228, 30.9. \$ 251, 31.10. \$ 3,270, 1.12. \$ 3,277, 2.1. \$ 3,295, 2.2. \$ 3,311 und 2.3. \$ 3,326.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1% auf 2.179,07, der Burcapindex um 0,8% auf 8.050,63 und **der Börsenindex um 0,5% auf 122.761,44**.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 3,5% auf \$ 2,702,

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 22.2.08 US\$ 48,86 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 69,67 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 48,40 Mrd. bzw. 70,71 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 47,08 Mrd. bzw. \$ 70,23 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 34,52 Mrd. bzw. \$ 56,42 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 22.2.08 161,36%.

Der Biodieselersteller ALS Bioenergías hat mit der Provinzregierung von Entre Ríos ein Abkommen unterzeichnet, um mit einer Investition von US\$ 60-70 Mio. ein Biodieselerwerk für 120.000 Jato einzurich-

ten. Es sei Teil eines Vorhabens der Firma, die Partner eines norwegischen Erdölunternehmens ist, und in 5 Biodiesel- und ein Ethanolwerk in Entre Ríos, Buenos Aires, Santiago del Estero, Catamarca und La Rioja US\$ 200 Mio. investieren will.

Die Ausfuhren von Süßigkeiten mit Schokolade haben 07 gegenüber dem Vorjahr um 5% auf US\$ 118,5 Mio. zugenommen. Der Durchschnittspreis betrug US\$ 4.180 pro t, wie die zuständige Behörde bekanntgab. Hauptausfuhrprodukte waren Bombons, Schokoladeeier, Lutschbombons und Schoko-ladenübergüsse.

4 Monate nach Beginn der Gerüchte über den Verkauf des Unternehmens Moño Azul (Obstverpackung und Export), Provinz Rio Negro, an den Konkurrenzbetrieb Expofrut, hat die italienische GF Group des Unternehmers A. Orsero 100% seiner Aktien übernommen. GF Group plane ausserdem die Übernahme des Obstunternehmens Liguori.

Die Bank der Provinz Buenos Aires (Bapro) will der Privatwirtschaft in diesem Jahr Kredite von \$ 6,2 Mrd. gewähren, wie ihr Präsident, Guillermo Francos mitteilte. Von diesem Betrag seien knapp 65% für Investitionen und Arbeitskapital kleiner und mittelständischer Unternehmen (Pymes) bestimmt. Subventionierte Darlehen von \$ 450 Mio. für Investitionen würden über das Produktionsministerium zu 8,5% im Jahr, auf

5 Jahre gewährt werden.

Die Zahl der Mobiltelefone lag Ende Januar 08 mit 40,8 Mio. Apparaten um 26,3% über dem Stand von Januar 07, womit die Zahl dieser Telefone die Bevölkerung (von schätzungsweise 39 Mio. Einwohnern) übersteigt. Die Zahl der Anrufe über diese Telefone stieg im inter-nauellen Vergleich um 35,6%, so dass es mehr Anrufe pro Telefon gab. Wenn man Kinder und viele andere abzieht, die kein Mobiltelefon haben, so müssen viele Personen zwei haben, was merkwürdig erscheint. Ebenfalls reimt sich dies nicht mit den Zahlen über Menschen zusammen, die in Armut oder sogar im Elend leben. Denn viele von diesen müssten somit auch ein Mobiltelefon haben, das sie Geld kostet, obwohl sie angeblich nicht genug zu essen haben. Die Zahl der festen Telefonanschlüsse ist im Januar hingenommen um 5,3% gesunken. Es ist das erste Mal, dass hier eine Abnahme stattfindet.

Das INDEC meldet, dass der gesamte Konsum an öffentlichen Diensten im Januar um 21,1% über dem gleichen Vorjahresmonat liegt. In Wirklichkeit ist es etwas weniger, weil sich das INDEC beim Stromkonsum geirrt hat. Der Gaskonsum nahm um 20,3% zu, der Personentransport um 17,9%, der Frachttransport um 38,6%. Die anormale Zunahme des Gaskonsums erklärt sich nur dadurch, dass Unternehmen, die relativ viel Gas verbrauchen, letztes Jahr im Januar Ferien machten und dieses Jahr nicht, eventuell um für den Winter im Voraus zu produzieren, wenn sie Knappheit erwarten.

Die Regierung hat den Provinzen Córdoba, Misiones, Rio Negro und Tucuman in Rahmen ihres Finanzbeitragsprogrammes (PAF) Kredite für \$ 1,25 Mrd. gewährt. Córdoba erhält \$ 400 Mio., Tucumán \$ 340 Mio., Rio Negro \$ 260 Mio. und Misiones \$ 250 Mio. Das Programm bietet Provinzen, die für ihre Schuld-mortalisationen Mittel benötigen, finanzielle Unterstützung des Staates. Im Gegenzug verpflichten sich die Provinzen zu diversen Finanzmassnahmen. Die Staatsdarlehen haben eine Laufzeit von 7 Jahren, mit einem Jahr Karenz, ohne Kapitalanpassung. Die Zinsen betragen 6% im Jahr. Für 08 hat die Regierung für diese gegenseitigen Abkommen \$ 6,6 Mrd. bereitgestellt. Sie gestatten eine Kontrolle der Gouverneure, die wegen der Schrumpfung der Überschüsse und der zunehmenden Rentenverpflichtungen auf die Staatshilfe angewiesen sind. Dem Haushaltsplan zufolge sind die Mittel für das PAF 08 um 10% grösser als im Vorjahr.

Mit Darlehen von 3 europäischen Finanzinstituten investiert Celulosa Argentina über US\$ 100 Mio. in Anlagen und Aufforstungen, um seine Produktion zu vergrössern. Die Mittel werden von der Deut-

schen DEG, der Nedelandse und der Financierings-Maatschappij Voor bereit gestellt. Celulosa erzeugt derzeit 140.000 Jato gebleichten kurzfasrigen Zellstoff und 137.000 Jato Papier, von denen 26% nach Amerika, Europa, Afrika und Ozeanien ausgeführt werden. Sie hat ein Werk in Capitán Bermúdez, Provinz Santa Fe, und eines in Zárate, Provinz Buenos Aires, setzt \$ 450 Mio. im Jahr um und beschäftigt 700 Mitarbeiter. Die Zellstoffproduktion soll auf 200.000 Jato erhöht werden. Die Vorhaben sind Teil der Erweiterungspläne der Tape-bicuágruppe, die im Vorjahr 63% von Celulosa von der uruguayischen Fanapel und Minderheitsaktionären für US\$ 66,9 Mio. erworben hat.

Die in der UTA Gewerkschaft zusammengeschlossenen Kurz- und Mittelstreckenbusfahrer und die Transportunternehmen haben einen Kollektivvertrag mit einer Lohnerhöhung von 20,5% für ganz 08 unterschrieben. Die zusätzlichen Lohnkosten werden vom Staat subventioniert. 07 hat die Regierung den Unternehmen Subventionen von \$ 2,39 Mrd., \$ 198 Mio. im Monat, verteilt, wie ein Bericht des Ombudsmannes bekannt gab.

Seit der amtlichen Einführung des Handels mit voraufdatierten Schecks, haben die bezahlten Zinssätze im Februar ihren stärksten Rückgang erfahren. Wie die Compañía Inversora Bursátil mitteilt, gingen die Sätze um 22% von 14,88% auf 11,67% zurück. Die Februarumsätze betragen \$ 52,5 Mio., um 14% mehr als im Januar und um 18% mehr als im gleichen Vorjahresmonat.

Wie die Beraterfirma IES (Investigaciones Económicas Sectoriales) ermittelt hat, haben 07 die Ausfuhren von Landmaschinen um 45,9% auf US\$ 161 Mio. zugenommen. Schon 06 wurde, durch die Verträge mit Venezuela, eine Zunahme von 71% festgestellt. 06 bezog Venezuela 61% der argentinischen Landmaschinenausfuhren, 07 67,2% für US\$ 108,2 Mio. 90% der Maschinen waren Traktoren, Aussaat- und Erntemaschinen und Zerstäuber. Argentinien's Einfuhren von Landmaschinen betragen 07 US\$ 792 Mio., um 40,9% mehr als im Vorjahr. Mengenmässig wurden 48.500 Maschinen eingeführt, um 87,7% mehr als die 25.800 des Vorjahres.

Das Handelsbilanzdefizit mit Brasilien betrug im Februar US\$ 173 Mio., um 1,1% weniger als vor einem Jahr. Die ersten 2 Monate 08 brachten ein Defizit von US\$ 346 Mio. um 5,8% mehr als vor einem Jahr. Die amtlichen Zahlen Brasiliens zeigen im Februar brasilianische Lieferungen nach Argentinien für US\$ 1,32 Mrd., um 48,3% mehr als vor einem Jahr. Doch die argentinischen Lieferungen betragen US\$ 1,14 Mrd., um 60,5% mehr als vor einem Jahr. In den ersten 2 Monaten 08 haben Brasiliens Liefere-

runge im Vorjahresvergleich um knapp 53% zugenommen, die argentinischen um 64%.

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat Zahlungspläne für säumige Steuerschuldner verfügt, die bis zu 80% Zinserlässe enthalten. Damit können alle Schulden bis zum 31.12.07 bezahlt werden, auch wenn schon Prozesse laufen, wie das Provinzsteueramt Arba mitteilt. Bis zum 28.3. können Zahlungen mit bis zu 80% Zinserlass, zuzüglich 25%iger Gutschriften für einmalige Zahlungen erfolgen. Für bereits eingeklagte Schulden können auch bis zu 80% der Gerichtskosten erlassen werden. Schuldner der Immobilien-, Kfz-, Bruttoeinnahmen- und Stempelsteuern können in 3 Raten mit 15% Gutschrift auf Salden bezahlen, oder in 6 Raten, mit 10% Anzahlung und 6 Raten mit 10% Gutschrift für fristgerechte Zahlungen. Schulden mit richterlichen Pfändungen können bei Barzahlung ebenfalls mit 80% Zinserlass und 25% Gutschrift auf Salden bezahlt werden.

Die argentinische Repsol YPF hat bei der US-Wertschriftenkommission (SEC) die Bewilligung beantragt, ein öffentliches Angebot ihrer Aktien zu machen. Der Börse von Buenos Aires und der argentinischen Wertschriftenkommission, teilte sie den Amtsschritt mit. Das Aktienangebot werde in Argentinien nach den Vorschriften der Nationalen Wertschriftenkommission erfolgen, international nach dem US-Wertschriftengesetz von 1933 und anderen anwendbaren Bestimmungen.

Vertreter der argentinischen Wirkwarenhersteller haben dem Binnenhandelssekretariat eine Liste von als grundlegend bezeichneten Pullovern vorgelegt, deren Preise für die Saison 08, im Vergleich mit dem vorhergehenden Winter, nicht um mehr als 10% zugenommen haben.

Die Petrochemische Solvay Indupa hat ihr Kapital um \$ 69 Mio. erhöht. Sie teilte der Börse die Ausgabe von Stammaktien für \$ 69 Mio. mit einem Nennwert von \$ 1 und einem Stimmrecht mit. Sie erhöht damit ihr Kapital auf \$483,2 Mio. Solvay Indupa gehört der Solvay Gruppe mit Stammsitz in Belgien an und erzeugt in Bahía Blanca Polivinylchlorid (PVC) und Ätznatron.

Der Präsident der Geflügelproduzentenkommission (CEPA), Roberto Doménech, gab bekannt, dass 2007 rund 500 Mio. Hühner gezüchtet wurden, gegen 450 Mio. im Vorjahr, wobei er jedoch noch weitere 200 Mio. hinzuzählt, die nicht vom SENASA-Amt kontrolliert werden. Die Produktion betrug 07 1,3 Mio. Tonnen, von denen etwas über 200.000 t exportiert werden. Der interne Konsum pro Kopf der Bevölkerung betrug 2007 29,6 kg. Die Geflügelproduktion erhält eine faktische Subvention, weil der Preis für die Futtermittel (vor-

MAXINTA

**Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa**

**Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan**

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400

nehmlich Sojamehl und Mais) durch die Exportzölle im Inland entsprechend geringer ist als auf dem Weltmarkt, was sich auf die Geflügelkosten niederschlägt.

Gemäss Angaben der nationalen Ernährungsdirektion im Landwirtschaftssekretariat haben sich die Exporte der wichtigsten Nahrungsmittel 07 folgendermassen entwickelt: Fleisch und Fleischprodukte stiegen um 13,6% auf u\$ 1,86 Mrd., Fisch und Fischereiprodukte sanken um 11,7% auf u\$ 1,09 Mrd., Obst und Gemüse stieg um 23,5% auf u\$ 996 Mio., Pflanzenöle und Tierfette stiegen um 35,9% auf u\$ 11,17 Mrd., Milchprodukte sanken um 13,8% auf u\$ 670 Mio., Mehl u.dgl. stieg um 61,5% auf u\$ 441 Mio. und andere Produkte stiegen um 12,1% auf u\$ 1,53 Mio.

Der Export von Olivenöl nahm 07 mengenmässig um 23% und wertmässig um 11% auf u\$ 65 Mio. zu. Der Export von Oliven nahm mengenmässig um 11,6% auf 90.554 t zu, wertmässig um 29,2% auf u\$ 120,5 Mio. Argentinien wird in den kommenden Jahren die Olivenproduktion sehr stark erhöhen, weil dank steuerlicher Vergünstigung viele Olivenbäume in den Provinzen Catamarca, La Rioja, San Juan und in gewissen Umfang auch in Mendoza, angepflanzt worden sind.

Im Januar wurden in Argentinien um 3.000 t, um 1,3%, mehr Rindfleisch als im Dezember 07 verzehrt. Der Verbrauch entsprach insgesamt 233.200 t Fleisch mit Knochen, bzw. 67,9 kg pro Kopf der Bevölkerung. Mit der Nachfrage stieg auch das Angebot auf 281.100 t um 4,4% bzw. 11,700 t. Dem Oncca Amt zufolge hatte Argentinien in diesem Januar die grössten Januarschlachtungen der letzten 11 Jahre. Es wurden 1,31 Mio. Rinder geschlachtet, um 2,7% mehr als im Dezember und um 7,6% mehr als im Vorjahresjanuar. Die Schlachthöfe lieferten um 11.700 t mehr als im Dezember 07. Das Durchschnittsgewicht der Schlachtungen stieg von 210,3 kg am Haken im Dezember auf 213,8 kg im Januar. Auch die Auslandsnachfrage nahm zu. Von den zusätzlichen 11.700 t gingen 8.700 t ins Ausland. Insgesamt wurden 17% der gewonnenen 281,1 t ausgeführt. Das Oncca Amt betont, dass die Zunahmen aus-

Der INDEC-Irrtum über den Stromkonsum

Das Statistische Amt (INDEC) meldet, dass der Konsum von elektrischem Strom im Januar um 10,4% über dem gleichen Vorjahresmonat lag, also über der interanuellen Zunahme des BIP liegt, die irgendwo zwischen 8% und 9% liegen dürfte. Das ist eine anormal hohe Zunahme, nachdem der Stromkonsum in den letzten Jahren stets weniger als das BIP gestiegen ist. Dies fällt umso mehr auf, als die Regierung im Dezember eine Sparkampagne in Angriff genommen hat, mit Änderung der Zeitmessung, Förderung sparsamer Leuchtkörper und Sparempfehlungen in Staatsbüros. Hat das alles überhaupt nichts genützt und sogar das Gegenteil bewirkt? Im Januar 2007 war der Stromkonsum in 12 Monaten nur um 4,3% gestiegen, obwohl auch damals ein starkes wirtschaftliches Wachstum stattgefunden hatte.

Die Zeitung „La Nación“ weist indessen darauf hin, dass die Stiftung Fundelec, die von Fachleuten auf dem Gebiet der Elektrizität gegründet wurde, im Januar eine interanuelle Zunahme von 4,9% festgestellt hat, und gegenüber Dezember eine von 2,9%, gegen nur 0,1% des INDEC. In absoluten Zahlen sind es für Fundelec 9.175 Gigawatt-Stunden, gegen 9.771 GW-St. des INDEC. Hier liegt der Hase im Pfeffer: das INDEC hat beim Konsum die Erweiterung genommen, die sich durch die Ausdehnung des Verbundnetzes ergeben hat, womit nicht vergleichbare Zahlen verglichen werden. Auch hier hat das INDEC somit einen Irrtum begangen. Den „Fachleuten“ des INDEC ist nicht einmal aufgefallen, dass die Zunahme des Stromkonsums anormal hoch war.

Die INDEC-Daten fussen auf Angaben des Unterstaatssekretariates für Koordinierung des Planungsministeriums, und die von Fundelec auf Angaben von CAMMESA, das Staatsunternehmen, das den Grossistenmarkt von Strom betreibt. Beide Stellen hängen letztlich von Planungsminister Julio de Vido ab. Offensichtlich hat Unterstaatssekretär Roberto Baratta auch nicht gemerkt, dass die Konsumbasis erweitert wurde.

schliesslich durch Schlachtungen von Ochsen entstanden, die gegenüber Dezember um 6,9% zunahm. Die Schlachtungen weiblichen Viehs gingen um 1,6% zurück.

Die Lebensmittel und Medikamente, die Venezuela von Argentinien bezieht, werden von der Supermarktkette Makro übernommen und ausgeführt. Ausgenommen seien nur die Lieferungen des Molkereunternehmens Sancor. Makro wird rd. US\$ 300 Mio. von den Käufen von Venezuela handhaben, die Zucker, vorgekochtes Maismehl, Reis, Geflügel, Teigwaren, Speiseöl, Trockenmilch, Rindfleisch, schwarze Bohnen, Weizenmehl, Thunfisch in Dosen, Sardinen in Dosen, Jurelfisch in Dosen, Fleisch in Dosen, Schweinefleisch und Hühnereier enthalten. Das niederländische Unternehmen ist in beiden Märkten, Argentinien und Venezuela, stark vertreten. In Argentinien hat es 15 Lokale, ab Bahía Blanca nach Norden, in Venezuela 22 Lokale.

07 wurden Landmaschinen für \$ 3,31 Mrd. abgesetzt, um 47% mehr als 06, wie das Statistikamt Indec mitteilt. Es wurden um 34% mehr Traktoren, 28,1% mehr Hilfsgeräte und 13,5% mehr Aussaatmaschinen verkauft.

Der Kfz-Konzessionärsverband Acara gab für Februar einen neuen Absatzrekord bekannt. Es wurden

46.534 Kfz verkauft, um 19,8% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Für das ganze Jahr werde mit einem Absatz von 620.000 Kfz gerechnet.

Die Verhandlungen über die Obergrenze von 20% Zunahme bei den Lohnverhandlungen mit der Bankbeamtengewerkschaft macht Fortschritte. Sie scheinen jedoch durch die Gewerkschaftsforderungen von zusätzlichen Mitteln für ihr Sozialwerk festgefahren zu sein. Die Gewerkschaft fordert einen Beitrag der Privatbanken von etwa \$ 30 Mio., um die Finanzlage ihres Sanatoriums zu lindern, das ein jährliches Defizit von \$ 47 Mio. hat. Die Banken versichern, dass sie von Dezember 06 bis Dezember 07 mit \$ 52 Mio. für das Gewerkschaftssozialwerk beigetragen haben, um die Konten desselben zu regeln und die ärztliche Betreuung von rd. 100.000 Bankbeamten zu sichern. Dieser Beitrag hatte eine Privatverwaltung zur Bedingung, um die Passiven von \$ 350 Mio. in Ordnung zu bringen. Dieselbe wirkte jedoch durch höchstens 4 Monate.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen (AFIP) fand, dass über 600 Treuhandgesellschaften ihre Steuern nicht ordnungsgemäss erklärt haben. Angesichts der Zunahme der finanziellen und nicht finanziellen Treuhandgesellschaften, beschloss die AFIP, für sie die Methode anzuwenden, die sie für Immobilienunterneh-

men eingeführt hatte. Bis Ende Juli müssen die Verantwortlichen der Treuhandgesellschaften der Steuerbehörde jährlich Bericht erstatten. Sie will damit Hinterziehungen und Geldwäschen verhindern, die mit der Tätigkeit häufig verbunden sind. Alle Verantwortlichen müssen ihre Personalangaben, die Art der Treuhandgesellschaften an denen sie beteiligt sind, die Beitragssummen der Mitglieder und den Beitragsstand zu jedem Jahresbericht. Bei den Finanztreuhandgesellschaften kommt die Pflicht dazu, Wert- und Beteiligungspapiere anzugeben, die gewinnsteuerpflichtig werden könnten.

Der Ombudsman hat bei der Justiz beantragt, dass sie die Beweglichkeit der Bezüge von rd. 1,2 Mio. Renten- und Pensionsempfängern anordne. Der Antrag wurde beim Sozialversicherungsgericht gestellt, um ein Urteil im Sinn jenes des Falls Badaro zu erreichen. Am 26.11.07 hat der Oberste Gerichtshof angeordnet, dessen Rente zwischen Januar 02 und Dezember 06 um 88,6% anzupassen, was der Lohnentwicklung in dem Zeitraum entsprach. Das Sozialversicherungsgericht und die Richter erster Instanz urteilten danach diesem Rechtsanspruch entsprechend. In den verschiedenen Etappen der Justiz befinden sich rd. 85.000 Pensionsanpassungsklagen.

Die ZB hat einen festen Zinssatz von 11,26% für Lebac auf 10 Monate bezahlt. Sie erneuerte \$ 1,4 Mrd. und nahm weitere \$ 256 Mio. aus dem Umlauf. Die anderen Zinssätze änderten sich kaum. Auf 147 Tage, die Mindestfrist die die ZB annahm, blieben sie auf 10,85% im Jahr, 168 Tage 10,9%, 203 Tage 10,95% statt bisher 11%. Nobac auf ein Jahr zahlten Badlar plus 1,46% gegen 1,48% in der Vorwoche, auf 2 Jahre plus 2,24% statt 2,29%. Ausserdem wurden Nobac auf 3 Jahre für \$ 20 Mio. zu Badlar plus 2,51% untergebracht. Die Bank der Provinz Buenos Aires (Bapro) zahlte ausserdem \$ 83 Mio. Rediskonte aus der Krisenzeit zzzurück.

Die Immobilien-Verkaufsurkunden nahmen im Januar 08 in Buenos Aires Stadt, im Vorjahresvergleich um 30,18% zu, wie das Notariatskollegium mitteilte. Im Vormonatvergleich gingen sie um 3,83% zurück. Die Beträge der 4.265 Januarurkunden erreichten \$ 1,16 Mrd., um 30,18% mehr als im Januar 07 und um 34,38% weniger als im letzten Dezember.

Nach 5 Verlustjahren hatte das Stromverteilungsunternehmen Edesur wieder einen Gewinn. 07 schloss es mit \$ 161,5 Mio. Gewinn ab, nach 63,5 Mio. Verlust im Vorjahr. Der Gewinn schliesse die rückwirkenden Tarifierhöhungen ein, die 07 gutgeschrieben wurden, obwohl sie in 55 aufeinanderfolgenden Monatsraten eingenommen werden.

Nach dem Rekordjahr 07 mit

560.000 verkauften Kfz peilen die Fabriken 08 einen neuen Rekord von über 600.000 Kfz an. In den ersten 2 Monaten 08 wurden bereits 102.578 Kfz abgesetzt. VW führt mit 25,9% Marktanteil, vor GM 14,3%, Ford 12,8%, Peugeot Citroën 12,4% und Fiat 11,4%. Bei den Modellen führt der Gol von VW mit 10.243 gelieferten Einheiten, vor dem Chevrolet Corsa 7.922 und Peugeot 206 5.511.

Im Februar hat die lokale Industrie 33.637 Kfz hergestellt, wie der Branchenverband Adefa mitteilt. Das seien um 18,4% weniger als im Vormonat und um 5,2% weniger als vor einem Jahr. Die Ausfuhren stiegen im Vorjahresvergleich um 15,9% auf 23.395 Kfz und die Lieferungen an Agenturen um 9,1% auf 47.407. Der Produktionsrückgang sei saisonbedingt.

Die Itaú Buen Ayre SA Bank gab ihre Namensänderung auf Banco Itaú Argentina SA bekannt. Gleichzeitig kündigte sie die öffentliche Ausgabe von Obligationen für bis zu US\$ 250 Mio. an.

Die Wirtschaftsführung hat für die Einfuhr von Bügeleisen aus China einen Mindestpreis von US\$ 3,92 pro Stück für Trockenbügeleisen und von US\$ 5,53 für Dampfbügeleisen bestimmt. Sie gab damit Anträgen der argentinischen Firmen Crivel und Metalúrgica San Remo statt.

Der INDEC-Index der Konsumentenpreise weist für Februar eine Zunahme von 0,5% gegenüber dem Vormonat aus. Die einzelnen Sparten haben sich wie folgt entwickelt: Nahrungsmittel und Getränke: 1,1%; Wohnung und verbundene öffentliche Dienste: 0,9%; Erziehung: 0,9%; Haushaltsaustattung: 0,7%; andere Güter und Dienstleistungen: 0,6%; Gesundheitsbetreuung: 0,4%; Freizeit Ausgaben: 0,1%; Transport und Fernverbindungen: minus 0,3%; Bekleidung: -2,7%. Der starke Rückgang bei Bekleidung ist durch die Ausverkäufe von Sommerbekleidung herbeigeführt worden. Bei Fernverbindungen werden Rabatte bei Mobiltelefonen berücksichtigt. Die Differenz der absoluten Preise, die das INDEC erhebt, und die, die von privaten Konsulenten ermittelt werden ist sehr hoch: Tomaten kosten laut INDEC \$ 1,05 per kg, gemäss privaten Ermittlungen \$ 2,49, also 137,1% mehr. Bei Reis beträgt die Differenz 44,5%, bei Yerba Mate 19,6%, bei Milch 11,4%, bei Butter

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Carola Niemack Geisenhof, am 22.2.
Rodolfo Joski, 78, am 29.2.
Estefania Tyran geb. Hauser, 93, am 1.3.
Herbert Meyer, 90, am 5.3.

4,95%.

Der Regen der letzten Tage, mit Niederschlägen von 250 bis 300 mm im Gebiet von Balcarce u.a. hat die Ernte und den Transport von Kartoffeln behindert, so dass der Preis auf dem Grossistenmarkt wegen des geringeren Angebotes um bis zu 150% stieg. Doch schon am Donnerstag ging er um 25% zurück. Es wird erwartet, dass sich die Lage nächste Woche normalisiert, wobei auch Lieferungen aus anderen Gegenden (u.a. Mendoza) erwartet werden. Der Regen hat ebenfalls andere Gemüsesorten betroffen, bei denen es kurzfristig ausserordentliche Preissprünge gab.

Die AFIP hat 19 Klagen vor Gericht gegen Fussballklubs eingereicht, die beschuldigt werden, Steuern zu hinterziehen, vor allem beim Kauf und Verkauf von Fussballspielern. An erster Stelle steht das Verfahren gegen José María Aguilar, Präsident des Klubs River Plate.

Die Regierung hat ein Projekt über die Errichtung einer Anlage eingeleitet, die flüssiges Gas von Schiffen empfängt und es als normales Gas in das Verteilungsnetz eingibt. Die Anlage soll von der staatlichen Enarsa und der venezolanischen PdVSA errichtet werden. Letzte Woche wurde eine Anzeige veröffentlicht, in der Angebote von Consulting-Firmen gefordert werden, die sich für die Projektstudie und die Ausarbeitung der Lastenhefte interessieren. Private Fachleute beanstanden das Projekt, weil das Gas schliesslich an die u\$ 10 pro Mio. BTU kosten würde, etwa

das sechsfache des Preises, der den lokalen Gasproduzenten bezahlt wird, und fast doppelt so viel wie das Gas aus Bolivien kostet.

Der Hafentreiber „Port of Singapore Authority“, (PSA) hat eine Beteiligung beim lokalen Hafentreiber Exolgan für u\$ 100 Mio. gekauft. PSA geht hier zusammen mit der britischen „International Port Holdings“ (IPH).

Die lokale Erdölfirma Roch hat einen Kapitalbeitrag von u\$ 17 Mio. (und eventuell noch einen Kredit von u\$ 20 Mio.) von der Weltbankagentur „International Finance Corporation“ erhalten. Roch wurde 1990 von Omar Chacra gegründet und ist an sechs Erdöllagern im Süden, im Golf von San Jorge und in Neuquén, beteiligt.

Der Streit zwischen den lokalen Herstellern von Fernsehgeräten, die Fabriken in Feuerland betreiben, und den brasilianischen Fabrikanten, ist noch nicht behoben. Die Brasilianer fordern eine Aufhebung des Importkontingentes, das der Mercosur-Regelung widerspricht. Die argentinischen Fabrikanten fordern nicht nur die Beibehaltung des Kontingentes, sondern die Ausdehnung auf Plasmageräte und LCD.

Die Itaú Buen Ayre SA Bank gab ihre Namensänderung auf Banco Itaú Argentina SA bekannt. Gleichzeitig kündigte sie die öffentliche Ausgabe von Obligationen für bis zu U\$ 250 Mio. an.

24% auf 32%. Aber auch bei Weizen war die Entwicklung ähnlich. Bei dieser Entwicklung erhielten die Landwirte trotz erhöhter Exportsteuern einen wesentlich höheren Dollarpreis.

Die Zunahme des Erlöses der Gewinnsteuer ist vornehmlich auf die gute Konjunktur zurückzuführen, wobei hier noch der Inflationsgewinn des Steueramtes hinzukommt, der entsteht, weil die Gewinne nicht wertberichtigt werden, so dass sie künstlich aufgebläht werden. Bei natürlichen Personen wirkt sich ebenfalls die Inflation aus, da die Progressionskala beibehalten wurde, allerdings bei einem etwas höheren steuerfreien Minimum. Die Inflation führt somit zu einer kalten Erhöhung der Steuer.

Bei der MwSt. kommt ebenfalls die gute Konjunktur zum Ausdruck, wobei die Einnahmen schätzungsweise leicht über der Zunahme des BIP zu nominellen Werten (also mit Inflation) zugenommen haben. Man hätte jedoch eine etwas höhere Zunahme erwarten können, da der Umsatz von dauerhaften Gütern, an erster Stelle Automobilen, bei denen es keine oder nur eine geringe Hinterziehung gibt, weit über die Zunahme des BIP gestiegen ist.

Die höheren Einnahmen bei Sozialabgaben spiegeln einmal die gestiegene Beschäftigung bei höheren Löhnen und Gehältern wider, dann die Einnahmen des Moratoriums für die 1,3 Mio. neuen Pensionäre, und schliesslich den Übergang von Mitgliedern des privaten auf das öffentliche System, so dass sie jetzt in diesem beitragen. Der Umstand, dass bei den persönlichen Beiträgen eine interanuelle Zunahme von 61% ausgewiesen wird, bei den Unternehmensbeiträgen jedoch nur von 29,8%, deutet darauf hin, dass das Kapital, das von denjenigen übertragen wurde, die vom privaten auf das staatliche System übergegangen sind, als laufende Einnahme gebucht wurde, was buchmässig nicht korrekt ist. Von den persönlichen Beiträgen von \$ 1,66 Mrd. entfallen \$ 0,87 Mrd. auf das private System, so dass sie von den AFIP-Einnahmen abgezogen werden. Die Unternehmerbeiträge machen \$ 2,36 Mrd. aus. Die Einnahmen aus der Steuer auf Giro- und Sparkontenbewegungen (genannt Schecksteuer) sind über die geschätzte nominelle Zunahme des BIP gestiegen, obwohl die Verrechnung von 3 Punkten der MwSt bei Zahlung mit Kreditkarten abgeschafft wurde, so dass nur noch der von 5 Punkten bei Scheckkarten besteht. Die negative Wirkung, die von dieser Steuer erwartet wurde, nämlich den Übergang auf Barzahlung, ist nicht eingetreten, so dass diese sehr ergiebige Steuer, die keine Eintreibungskosten für die AFIP mit sich bringt und nicht hinterzogen werden kann, beibehalten wird, auch wenn sie 2001 als Notsteuer geschaffen wurde.

Von den gesamten Einnahmen von \$ 19,60 Mrd. wurden \$ 10,37 Mrd. für den Nationalstaat bestimmt, \$ 3,45 Mrd. für das System der sozialen Sicherheit, \$ 5,02 Mrd. für die Provinzen und \$ 0,75 Mrd. für bestimmte Sonderfonds.

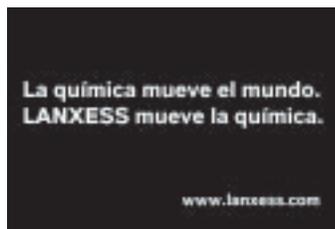
Steuereinnahmen im Februar um 46,8% über Vorjahr

Die gesamten Steuereinnahmen des Nationalstaates, einschliesslich Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren, lagen im Februar 2008 mit \$ 19,60 Mrd. um ganze 46,8% über dem gleichen Vorjahresmonat. Wenn man die echte Inflationsrate in 12 Monaten auf 25% ansetzt, verbleibt immer noch eine reale Zunahme von über 20%, also mehr als die Zunahme des Bruttoinlandproduktes, die in dieser Periode bestenfalls bei 9% liegt. Die Steuerbelastung (Steuern im Verhältnis zum BIP) hat somit stark zugenommen. Im Einzelnen waren die interanuellen Zunahmen bei den wichtigsten Steuern wie folgt:

Steuerart	Betrag (in Mrd. Pesos)	Zunahme (in %)	Anteil an den Gesamteinnahmen (in %)
Exportzölle	2,52	141,2	12,85
Importzölle	0,65	45,2	3,32
Sozialabgaben	3,60	43,5	18,37
Gewinnsteuer	3,80	41,7	19,39
Mehrwertsteuer	5,92	38,6	30,20
Schecksteuer	1,50	33,5	7,65

Die nicht angeführten Steuern (Brennstoffe, persönliches Vermögen u.a.) machen insgesamt 8,22% der Gesamteinnahmen aus.

AFIP-Direktor Alberto Abad erklärte, dass die phänomenale Zunahme des Erlöses der Exportsteuern vornehmlich auf die im November verfügte Erhöhung der Sätze, dann auf die Preiszunahmen und in geringerem Ausmass auf höhere Mengen zurückzuführen seien. Der Preis für Sojabohnen nahm gegenüber Februar des Vorjahres auf dem Weltmarkt um 73% zu, und der Satz der Steuer wurde von 27,5% auf 35% angehoben. Bei Sojaöl stieg der Preis um 117% und die Steuer von



Weiche Kredite für kleine und mittlere Unternehmen

Die Banco de la Nación Argentina hat am Mittwoch in Anwesenheit von Präsidentin Cristina Kirchner, Vizepräsident Julio Cobos, Kabinettschef Alberto Fernandez, Wirtschaftsminister Martín Lousteau und der Präsidentin der Bank, Mercedes Marcó del Pont, angekündigt, dass \$ 5 Mrd. für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen (Pymes) bereitgestellt werden, zu 12% jährlich und auf 5 bis 10 Jahre, wobei in den ersten 5 Jahren keine Wertberichtigung stattfindet, im zweiten Jahrfünft jedoch ein variabler Zinssatz gelten wird. Es wurde nicht mitgeteilt, auf welcher Grundlage er berechnet wird. Auf alle Fälle wäre der Zinssatz am Anfang negativ, wenn man davon ausgeht, dass die Inflation dieses Jahr kaum unter 20% liegen dürfte.

Die Kredite sind für Investitionsprojekte bestimmt, also Anschaffung von Kapitalgütern, Montageausgaben und Zubehöerteilen, sowie Bauten, die damit zusammenhängen. Bankpräsidentin Marcó del Pont wies darauf hin, dass die Kreditmasse zwischen 15% und 20% der

Bruttoinvestitionen dieser Unternehmen darstelle. Wie sie das berechnet hat, ist ihr Geheimnis.

In der Tat ist jedoch der Zugang zu diesen Krediten nicht so einfach, besonders nicht für Kleinunternehmen, die noch nicht Kunden der Bank sind. Die Banco Nación ist sehr bürokratisch und fordert mehr Unterlagen, als viele dieser Unternehmen liefern können. Ausserdem stellt sich bei vielen Unternehmen das Problem, dass sie einen Teil ihrer Vermögenswerte schwarz haben, so dass sie unvollständige Bilanzen vorlegen, die sie nicht für einen Kredit qualifizieren. Es wäre notwendig, den Unternehmen zu gestatten, wahrheitsgetreue Bilanzen vorzulegen, wobei der Vermögenszuwachs nicht besteuert wird. Das wäre eine Vermögenslegalisierung. Aber ausserdem zahlen viele Kleinunternehmen in der Regel in bar, so dass ihre Giro-

konten auch nicht für einen Kredit qualifizieren. Dieses Verhalten beruht u.a. darauf, dass die Konten von der AFIP oder von Arbeitsrichtern gepfändet werden, auch ohne endgültiges Gerichtsurteil, was für viele Unternehmen ein tödlicher Schlag ist, dem sie bei Barverkehr entgehen. Diese Konten müssten also bis zu einem gewissen Betrag als nicht pfändbar erklärt werden. Allein, all dies steht überhaupt nicht zur Diskussion.

Mercedes Marcó del Pont nimmt Platz eins auf der Liste der Kandidaten ein, die Lousteau als Wirtschaftsminister ersetzen können. Sie setzt sich für eine heterodoxe Wirtschaftspolitik ein, die nicht viel von der offiziellen abweicht, hat Erfahrung in Wirtschaftsstudien und unlängst als Deputierte. Ausserdem hat sie gegenüber anderen Kandidaten den Vorteil, eine Frau zu sein, was für Cristina K. wichtig ist.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die enttäuschende Rede der Präsidentin

Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner hat in ihrer Rede vom vergangenen Samstag, anlässlich der Eröffnung der ordentlichen Kongresssitzungen, keine wichtigen Ankündigungen gemacht, und ist auf die wirtschaftliche Problematik nur oberflächlich eingegangen, wobei sie die bestehenden Probleme ignoriert hat. Sie wies darauf hin, dass schon 5 Jahre ununterbrochen (hohen) Wachstums erreicht worden sein, wobei es mit diesem Jahr sechs sein würden, was es in der ganzen argentinischen Geschichte nicht gegeben habe. In Wirklichkeit ist es etwas mehr, da der Aufschwung Mitte 2002 einsetzte. Unterschwellig handelte es sich um ein Lob ihres Gatten, der die Geschicke des Landes während vier einhalb Jahren bis zum 10. Dezember 2007 mit harter Hand geleitet hat, und auch jetzt noch als Schattenpräsident fungiert. Selbstverständlich hat sie die ausserordentlich günstigen Umstände nicht erwähnt, die für Argentinien in den letzten Jahren bestanden, die keine andere vorherige argentinische Regierung auch nur annähernd gehabt hat. Ohne dies würde das Ergebnis wohl sehr dürftig ausgesehen haben.

Sie wies darauf hin, dass ab 1900 jedes dritte Jahr eine Rezession eingesetzt hat, was nicht stimmt. Das Land habe in den letzten 24 Jahren vor der Krise (2001/02), also ab 1977 oder 1975, wenn man den Beginn der letzten Rezession im Jahr 1999 ansetzt, neun Rezessionen erlebt. Nach unserer Rechnung sind es höchstens sechs. Cristina erklärte, dass Argentinien jetzt die Chance habe, 10, 15 oder 20 Jahre (ununterbrochen) zu wachsen, was dem Land erlauben werde, Armut und Elend auszurotten. Es ist indessen höchst unwahrscheinlich, dass die Wirtschaftszyklen aufgehört haben,

wobei die günstigen Umstände auch nicht ewig andauern dürften, zumindest nicht mit der Intensität der vergangenen Jahre.

Schliesslich sei bemerkt, dass die kurzfristige Sicht der Wirtschaftspolitik der Kirchner-Regierungen in vielen Aspekten die mittel- und langfristige Entwicklung negativ beeinflusst. Ebenfalls hat das staatswirtschaftliche Konzept der Regierung, die prinzipiell gegen Privatisierungen eingestellt ist, den Staat aufbläht und einen wenig rationellen Dirigismus betreibt, auf die Dauer eine hemmende Wirkung auf das Wachstum. Die Präsidentin sprach sich ausdrücklich für hohe Staatsausgaben und -investitionen aus, und erklärte, wir liegen bezüglich Staatsinvestitionen weit hinter den entwickelten Ländern, bei denen diese 40% (des BIP?) betragen. Das ist ein Lapsus: die 40% beziehen sich auf die gesamten Staatsausgaben, von denen nur ein geringer Teil Investitionen sind.

Als konkretes Ziel erwähnte sie die Verringerung der Arbeitslosigkeit auf 5%, nachdem jetzt schon ein Koeffizient von 7,5% erreicht worden sei, wobei dieser fast 13 Jahre lang zweistellig war. Auch der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung soll bis 2016 (wenn 200 Jahre Unabhängigkeit gefeiert werden) einstellig sein. Dies sind eigentlich keine sehr anspruchsvollen Ziele, die auch bei niedrigem Wachstum mit einer angemessenen Arbeits- und Sozialpolitik erreicht werden könnten.

Die Präsidentin betonte die Güte des „Modells“, das auf dem Konzept der „Akkumulation (von Kapital) mit sozialem Einschluss“ besteht, wobei dies durch einen real hohen Wechselkurs, Zwillingüberschüsse (Handelsbilanz und Staatshaushalt) und hohe Währungsreserven erreicht wer-

den soll. Beiläufig sprach sie auch vom Abbau der Staatschuld, was nicht stimmt. Im Wesen wurden billige Schulden gegenüber internationalen Finanzinstituten (IWF, Weltbank und BID) bezahlt, zum Teil vorzeitig, und teure Schulden gegenüber Venezuela u.a. aufgenommen. Die Zinsdifferenz kostet uns jetzt schon an die Milliarde Dollar pro Jahr! Ausserdem wurde die Verringerung der Schulden, die nach dem Default stattfand, durch neue Schulden ausgeglichen, an erster Stelle die Bonds, die den Banken wegen der asymmetrischen Pesifizierung übergeben wurden. Die gesamte Staatschuld (einschliesslich CER-Wertberichtigung der Peso-Schuld) liegt heute trotz Betrug an den Bondsinhabern etwa auf dem Stand von Ende 2001, und mit den „Holdouts“ sogar viel höher. Die Präsidentin wurde offensichtlich falsch unterrichtet.

Konkret enthielt die Rede wenig. Sie erwähnte die Einführung günstiger (weicher?) Kredite für kleine und mittlere Unternehmen durch die Banco Nación und forderte die privaten Banken auf, mehr Kredite für produktive Zwecke zu erteilen, statt sich so stark auf Konsumkredite zu konzentrieren. Dabei muss zunächst bemerkt werden, dass auch die Banco Nación Konsumkredite erteilt, was bei einer Förderungsbank wenig Sinn hat. Abgesehen davon kann die ZB die Gewährung von Konsumkrediten einschränken. Im Extremfall kann dies durch Gesetz verfügt werden. Das Grundproblem, nämlich der anormal geringe Umfang des Bankensystems und der Kredite an die Privatwirtschaft (die jetzt mit etwa 12% des BIP halb so viel wie unter der Konvertibilität ausmachen), hat die Präsidentin überhaupt nicht erwähnt. Ebenfalls hat sie den Konflikt mit dem Pariser

Klub verschwiegen. Solange die Schuld von u\$ 6,5 bis u\$ 7 Mrd. nicht geregelt wird, können die Mitgliedstaaten keine Kredite für die Finanzierung von Kapitalgütern gewähren, was einen grossen Schaden für lokale Industrieunternehmen darstellt. Der Pariser Klub fordert bei der Regelung, dass der IWF über die argentinischen Finanzen berichtet, und die argentinische Regierung, weigert sich, dies zuzulassen. Einfach kindisch!

Sie kündigte ebenfalls an, dass am 18. März ein Plan für öffentliche Investitionen bekanntgegeben werde. Das ist positiv; doch gleichzeitig verteidigte sie das unvernünftige Projekt über den Hochgeschwindigkeitszug von Buenos Aires nach Rosario und Córdoba, das zum Glück vor kaum lösbaren Finanzierungsschwierigkeiten steht, weil die Bank (Société Generale) Staatsgarantien fordert, die der argentinische Staat jedoch nicht gewähren kann, weil er sich bei der Umschuldung ausdrücklich in diesem Sinn verpflichtet hat. Ausserdem dürfte die Bank (die jetzt im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht und zu äusserster Vorsicht gezwungen ist) den Kredit nicht ohne Garantie der französischen Coface gewähren, was wiederum eine Normalisierung mit dem Pariser Klub voraussetzt. Cristina K. sagte, als in Spanien das Projekt über einen Zug dieser Art aufgekommen sei, hätten die Zeitungen ähnliche Kritiken wie jetzt hier veröffentlicht. Nun sind die Umstände in einem dicht bevölkerten Land wie Spanien anders als in Argentinien, wobei nicht auszuschliessen ist, dass der Zug auch dort keine Priorität gehabt habe. Wenn bei anderen Staatsinvestitionen ähnliche Kriterien angewendet werden, kann man kaum einen vernünftigen Plan für öffentliche Investitionen erwarten. Allein, die Veröf-

fentlichung bietet die Möglichkeit der Kritik, und das ist gut.

Über Inflation sagte Cristina kein Sterbenswörtchen. Das ist begreiflich: denn wenn sie die INDEC-Inflationsberechnung erwähnt hätte, wäre das wohl im Saal mit Gelächter quittiert worden. Und Kritik am INDEC konnte sie nicht üben. Indessen ist gerade die Inflation gegenwärtig das wichtigste wirtschaftliche Thema. Ebenfalls hat sie die Problematik der Lohnerhöhungen, die mit der Inflation in engem Zusammenhang steht, auch nicht erwähnt. Den Sozialpakt, den sie vor Monaten als Kandidatin erwähnt hatte, der als Lohnbremse wirken sollte, hat sie jetzt abfällig bei Seite geschoben und in eine abstrakte Konstruktion umgewandelt, die keine praktische Bedeutung hat. Sie sprach von „sektoriellen Abkommen“ mit „Aufbau der Wertketten“, so dass „jeder Sektor mehr Produktivität schaffen könne“. Bla bla bla...

Auf die Energieproblematik ging sie nur oberflächlich ein, in-

dem sie meinte, dieses Jahr werde es keine Versorgungsprobleme geben, bei einer Angebotsexpansion von 11% bei elektrischem Strom und von 8% bei Gas. Das ist möglich, wobei es im Grunde auch nicht wichtig ist, wenn kleinere Pannen auftreten. Hier geht es jedoch um die langfristige Sicht, was sich sowohl auf elektrischen Strom, als auf Erdöl und Gas bezieht. Diese Problematik hat sie völlig ignoriert, wie es auch ihr Gatte getan hatte. Und das verheisst eine düstere Zukunft auf diesem Gebiet.

Wir haben Verständnis dafür, dass die Präsidentin in erster Linie eine politische Rede halten musste. Doch der Kongress und die Gesellschaft überhaupt verdienen es, über den wirtschaftspolitischen Kurs besser unterrichtet zu werden. Man kommt nicht über den Eindruck hinweg, dass auf diesem Gebiet eine gigantische Improvisation besteht, bei der das kurzfristige Denken und die wahlpolitischen Motivationen stets im Vordergrund stehen.

Die Kostenkontrolle

Präsidentin Cristina Fernandez de Kirchner hat in ihrer Rede vom vergangenen Samstag, anlässlich der Eröffnung der ordentlichen Kongressitzungen, keine wichtigen Ankündigungen gemacht, und ist auf die wirtschaftliche Problematik nur oberflächlich eingegangen, wobei sie die bestehenden Probleme ignoriert hat. Sie wies darauf hin, dass schon 5 Jahre ununterbrochenen (hohen) Wachstums erreicht worden sein, wobei es mit diesem Jahr sechs sein würden, was es in der ganzen argentinischen Geschichte nicht gegeben habe. In Wirklichkeit ist es etwas mehr, da der Aufschwung Mitte 2002 einsetzte. Unterschwellig handelte es sich um ein Lob ihres Gatten, der die Geschicke des Landes während vier einhalb Jahren bis zum 10. Dezember 2007 mit harter Hand geleitet hat, und auch jetzt noch als Schattenpräsident fungiert. Selbstverständlich hat sie die ausserordentlich günstigen Umstände nicht erwähnt, die für Argentinien in den letzten Jahren bestanden, die keine andere vorherige argentinische Regierung auch nur annähernd gehabt hat. Ohne dies würde das Ergebnis wohl sehr dürftig ausgesehen haben.

Sie wies darauf hin, dass ab 1900 jedes dritte Jahr eine Rezession eingesetzt hat, was nicht stimmt. Das Land habe in den letzten 24 Jahren vor der Krise (2001/02), also ab 1977 oder 1975, wenn man den Beginn der letzten Rezession im Jahr 1999 ansetzt, neun Rezessionen erlebt. Nach unserer Rechnung sind es höchstens sechs. Cristina erklärte, dass Argentinien jetzt die Chance habe, 10, 15 oder 20 Jahre (ununterbrochen) zu wachsen, was dem Land erlauben werde, Armut und Elend auszurotten. Es ist indessen höchst unwahrscheinlich, dass die Wirtschaftszyklen aufgehört haben, wobei die günstigen Umstände auch nicht ewig andauern dürften, zumindest nicht mit der Intensität der vergangenen Jahre.

Schliesslich sei bemerkt, dass die kurzfristige Sicht der Wirtschaftspolitik der Kirchner-Regierungen in vielen Aspekten die mittel- und langfristige Entwicklung negativ beeinflusst. Ebenfalls hat das staatswirtschaftliche Konzept der Regierung, die prinzipiell gegen Privatisierungen eingestellt ist, den Staat aufbläht und einen wenig rationalen Dirigismus betreibt, auf die Dauer eine hemmende Wirkung auf das Wachstum. Die Präsidentin sprach sich ausdrücklich für hohe Staatsausgaben und -investitionen aus, und erklärte, wir liegen bezüglich Staatsinvestitionen weit hinter den entwickelten Ländern, bei denen diese 40% (des BIP?) betragen. Das ist ein Lapsus: die 40% beziehen sich auf die gesamten Staatsausgaben, von denen nur ein geringer Teil Investitionen sind.

Als konkretes Ziel erwähnte sie die Verringerung der Arbeitslosig-

keit auf 5%, nachdem jetzt schon ein Koeffizient von 7,5% erreicht worden sei, wobei dieser fast 13 Jahre lang zweistellig war. Auch der Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung soll bis 2016 (wenn 200 Jahre Unabhängigkeit gefeiert werden) einstellig sein. Dies sind eigentlich keine sehr anspruchsvollen Ziele, die auch bei niedrigem Wachstum mit einer angemessenen Arbeits- und Sozialpolitik erreicht werden könnten.

Die Präsidentin betonte die Güte des „Modells“, das auf dem Konzept der „Akkumulation (von Kapital) mit sozialem Einschluss“ besteht, wobei dies durch einen real hohen Wechselkurs, Zwillingssüberschüsse (Handelsbilanz und Staatshaushalt) und hohe Währungsreserven erreicht werden soll. Beiläufig sprach sie auch vom Abbau der Staatsschuld, was nicht stimmt. Im Wesen wurden billige Schulden gegenüber internationalen Finanzinstituten (IWF, Weltbank und BID) bezahlt, zum Teil vorzeitig, und teure Schulden gegenüber Venezuela u.a. aufgenommen. Die Zinsdifferenz kostet uns jetzt schon an die Milliarde Dollar pro Jahr! Ausserdem wurde die Verringerung der Schulden, die nach dem Default stattfand, durch neue Schulden ausgeglichen, an erster Stelle die Bonds, die den Banken wegen der asymmetrischen Pessifizierung übergeben wurden. Die gesamte Staatsschuld (einschliesslich CER-Wertberichtigung der Peso-Schuld) liegt heute trotz Betrug an den Bondsinhabern etwa auf dem Stand von Ende 2001, und mit den „Holdouts“ sogar viel höher. Die Präsidentin wurde offensichtlich falsch unterrichtet.

Konkret enthielt die Rede wenig. Sie erwähnte die Einführung günstiger (weicher?) Kredite für kleine und mittlere Unternehmen durch die Banco Nación und forderte die privaten Banken auf, mehr Kredite für produktive Zwecke zu erteilen, statt sich so stark auf Konsumkredite zu konzentrieren. Dabei muss zunächst bemerkt werden, dass auch die Banco Nación Konsumkredite erteilt, was bei einer Förderungsbank wenig Sinn hat. Abgesehen davon kann die ZB die Gewährung von Konsumkrediten einschränken. Im Extremfall kann dies durch Gesetz verfügt werden. Das Grundproblem, nämlich der anormal geringe Umfang des Bankensystems und der Kredite an die Privatwirtschaft (die jetzt mit etwa 12% des BIP halb so viel wie unter der Konvertibilität ausmachen), hat die Präsidentin überhaupt nicht erwähnt. Ebenfalls hat sie den Konflikt mit dem Pariser Klub verschwiegen. Solange die Schuld von u\$ 6,5 bis u\$ 7 Mrd. nicht geregelt wird, können die Mitgliedsstaaten keine Kredite für die Finanzierung von Kapitalgütern gewähren, was einen grossen Schaden für lokale Industrieunternehmen darstellt. Der Pariser Klub fordert bei der Regelung, dass der IWF über die argentinischen Finanzen berichtet, und die argentinische Regierung, weigert sich, dies zuzulassen. Einfach kindisch!

Sie kündigte ebenfalls an, dass am 18. März ein Plan für öffentliche Investitionen bekanntgegeben werde. Das ist positiv; doch gleichzeitig verteidigte sie das unvernünftige Projekt über den Hochgeschwindigkeitszug von Buenos Aires nach Rosario und Córdoba, das zum Glück vor kaum lösbaren Finanzierungsschwierigkeiten steht, weil die Bank (Société Generale) Staatsgarantien fordert, die der argentinische Staat jedoch nicht gewähren kann, weil er sich bei der Umschuldung ausdrücklich in diesem Sinn verpflichtet hat. Ausserdem dürfte die Bank (die jetzt im Rampenlicht der Öffentlichkeit steht und zu äusserster Vorsicht gezwungen ist) den Kredit nicht ohne Garantie der französischen Coface gewähren, was wiederum eine Normalisierung mit dem Pariser Klub voraussetzt. Cristina K. sagte, als in Spanien das Projekt über einen Zug dieser Art aufgekommen sei, hätten die Zeitungen ähnliche Kritiken wie jetzt hier veröffentlicht. Nun sind die Umstände in einem dicht bevölkerten Land wie Spanien anders als in Argentinien, wobei nicht auszuschliessen ist, dass der Zug auch dort keine Priorität gehabt habe. Wenn bei anderen Staatsinvestitionen ähnliche Kriterien angewendet werden, kann man kaum einen vernünftigen Plan für öffentliche Investitionen erwarten. Allein, die Veröffentlichung bietet die Möglichkeit der Kritik, und das ist gut.

Über Inflation sagte Cristina kein Sterbenswörtchen. Das ist begreiflich: denn wenn sie die INDEC-Inflationsberechnung erwähnt hätte, wäre das wohl im Saal mit Gelächter quittiert worden. Und Kritik am INDEC konnte sie nicht üben. Indessen ist gerade die Inflation gegenwärtig das wichtigste wirtschaftliche Thema. Ebenfalls hat sie die Problematik der Lohnerhöhungen, die mit der Inflation in engem Zusammenhang steht, auch nicht erwähnt. Den Sozialpakt, den sie vor Monaten als Kandidatin erwähnt hatte, der als Lohnbremse wirken sollte, hat sie jetzt abfällig bei Seite geschoben und in eine abstrakte Konstrukti-

on umgewandelt, die keine praktische Bedeutung hat. Sie sprach von „sektoriellen Abkommen“ mit „Aufbau der Wertketten“, so dass „jeder Sektor mehr Produktivität schaffen könne“. Bla bla bla...

Auf die Energieproblematik ging sie nur oberflächlich ein, indem sie meinte, dieses Jahr werde es keine Versorgungsprobleme geben, bei einer Angebotsexpansion von 11% bei elektrischem Strom und von 8% bei Gas. Das ist möglich, wobei es im Grunde auch nicht wichtig ist, wenn kleinere Pannen auftreten. Hier geht es jedoch um die langfristige Sicht, was sich sowohl auf elektrischen Strom, als auf Erdöl und Gas bezieht. Diese Problematik hat sie völlig ignoriert, wie es auch ihr Gatte getan hatte. Und das verheisst eine düstere Zukunft auf diesem Gebiet.

Wir haben Verständnis dafür, dass die Präsidentin in erster Linie eine politische Rede halten musste. Doch der Kongress und die Gesellschaft überhaupt verdienen es, über den wirtschaftspolitischen Kurs besser unterrichtet zu werden. Man kommt nicht über den Eindruck hinweg, dass auf diesem Gebiet eine gigantische Improvisation besteht, bei der das kurzfristige Denken und die wahlpolitischen Motivationen stets im Vordergrund stehen.

Die Rindfleischhause

Der Preis für Rinder und Fleisch ab Schlachthaus ist in den letzten Wochen um bis zu 20% gestiegen, was sich nach und nach auf die einzelnen Teile auswirkt, die von Metzgern und Supermärkten verkauft werden. Es ist begreiflich, dass sich Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno Sorgen über dieses Phänomen macht, nachdem Rindfleisch eine hohe Wägung beim Index der Konsumentenpreise hat und ausserdem andere Preise (Geflügel, Schweinefleisch u.a.) mit sich reisst.

Die Hause ist das Ergebnis eines geringeren Angebots bei gleichzeitig hoher Nachfrage. Die Schlachtungen gingen landesweit im Februar um etwa 15% bis 20% gegenüber den vorangehenden Monaten zurück. Im ersten Bimester 2008 wurden auf dem Markt von Liniers wöchentlich durchschnittlich 27.000 Rinder gehandelt, 40% unter dem Normalstand. Die Schlachthäuser beklagen sich besonders über die Knappheit von schweren Ochsen. Experten weisen darauf hin, dass viele Landwirte ihre Rinder vorzeitig verkauft haben, wegen der Dürre und dem Übergang auf Ackerbau, besonders den Anbau von Sojabohnen. In anderen Fällen haben die Tiere unter der Dürre gelitten, so dass sie wieder auf ein höheres Gewicht gebracht werden müssen. Es hat zwar in den letzten Wochen allgemein geregnet, aber es dauert eine Weile, bis das Gras wächst und die Rinder sich wieder ausreichend ernähren, so dass erst im Herbst mit einem höheren Angebot gerechnet wird. Schliesslich hat der hohe Maispreis dazu geführt, dass weniger Mais als Nahrungszusatz auf den Weiden verwendet wurde. Obwohl die feedlots subventioniert werden und sich im letzten Jahr vermehrt ha-

ben (so dass es jetzt über 300 sind, gegen nur 50 vor zwei Jahren), waren viele nur mit halber Kapazitätsausnutzung tätig, eben weil das Futter sich stark verteuert hat, das Subventionsystem sich dieser Tatsache nicht angepasst hat, und ausserdem mangelhaft funktioniert.

Hinzu kommt noch der Umstand, dass das Landwirtschaftssekretariat das Programm der stufenweisen Anhebung des Mindestgewichtes bei Schlachtungen auf 300 kg. das vor etwa drei Jahren eingeführt wurde, zum Teil aufgehoben hat, so dass bisher nur 240 kg erforderlich waren. Somit wurden Rinder mit niedrigem Gewicht geschlachtet, was kurzfristig das Angebot erhöhte. Aber jetzt fehlen diese Rinder, die bei Beibehaltung der 300 kg. mehr Fleisch ergeben hätten. Die Zeitung „La Nación“ berichtet, dass die letzten Impfungen zur Verhütung der Maul- und Klauenseuche darauf hinweisen, dass der Rinderbestand in den Provinzen Buenos Aires, Santa Fé, Entre Rios, La Pampa und Rio Negro abgenommen hat. Die offizielle Statistik (des ONCCA, dem Amt für landwirtschaftliche Kontrollen) ergibt zwar für Ende 2007 einen leicht höheren Bestand als vor einem Jahr an; aber, abgesehen davon, dass dies nicht glaubhaft erscheint, ist es möglich, dass der Bestand im Laufe des Jahres 2007 zunächst zugenommen und dann stark abgenommen hat, wobei diese Tendenz 2008 weiter gegangen ist.

Die Regierung hat zunächst versucht, die Leiter der landwirtschaftlichen Verbände zu verpflichten, die Rinder zu einem offiziell festgesetzten Richtpreis zu verkaufen. Doch dies ist faktisch nicht möglich; die Landwirte verkaufen zum höchstmöglichen

Preis, und würden die geistige Gesundheit von Verbandsleitern in Frage stellen, wenn diese ihnen empfehlen, billiger zu verkaufen. Die Vertreter der Landwirtschaft haben einen Gegenvorschlag gemacht: der Preis für die halben Rinderleiber soll frei bleiben, aber die Schlachthäuser, Metzger und Supermärkte sollen verpflichtet werden, die Teile, die am meisten vom Volk konsumiert werden, vornehmlich „asado“ und „vacío“, zu den offiziell festgesetzten Preis zu verkaufen. Da der Rindfleischpreis international in den letzten Jahren gestiegen ist, geht die Rechnung für Exportschlachthöfe auf, nicht jedoch für die, die nur den internen Markt beliefern können. Abgesehen davon bedarf ein System dieser Art einer strengen Kontrolle.

Binnenhandelssekretär Moreno fiel zunächst nichts besseres ein, als das Exportkontingent erneut zu kürzen. Er gab einer Gruppe von etwa 30 Vertretern der Fleischartindustrie in der Vorwoche bekannt, dass das Kontingent von gegenwärtig 40.000 t monatlich auf 24.000 t verringert werden soll. Auf alle Fälle wurden in den letzten Wochen die Exportgenehmigungen, die das ROE („Registro de Operaciones de Exportación“) ausstellt, nur tropfenweise erteilt. Doch dies hat eine beschränkte Wirkung. Ausserdem bezieht sich der grösste Teil der Exporte auf hochwertige Teile, vornehmlich Lende („lomo“), die im Inland relativ wenig konsumiert werden.

Der Rindfleischkonsum liegt pro Kopf jetzt in der Nähe der 70 kg, gegen 65 kg vor einem Jahr. Es ist der höchste pro-Kopf-Konsum der Welt, obwohl es in früheren Jahren viel mehr waren, Ende der 70er Jahre (zur Zeit der Militärregierung) sogar über 90 kg. Argentinien steht jetzt vor der Entscheidung, entweder die Bevölkerung weitgehend mit billigem Rindfleisch zu versorgen und der Export zu verringern, oder eben, zu versuchen, diese gute Devisenquelle zu erhalten und sogar auszubauen. Bezüglich Rindfleisch bedarf es an erster Stelle einer echten Konsumpolitik, die im Wesen besteht, den Konsum von Geflügel, Schweine- und Hammelfleisch und Fisch zu fördern. Bei Geflügel hat in den letzten Jahren schon eine starke Konsumzunahme eingesetzt, bei Schweinefleisch ist sie langsamer, aber bei Hammelfleisch und Fisch geschieht nichts. Ebenfalls hat in den letzten Jahren der Pizzakonsum zugenommen, was auch Rindfleisch

ersetzt. Schliesslich besteht die Möglichkeit, bei „Hamburgern“ mehr Sojamehl zu mischen, was den Geschmack kaum ändert und den Nährwert sogar erhöht. Würde sich die Regierung ernsthaft um die Verringerung des Rindfleischkonsums bemühen, könnte dieser auf 50 bis 60 kg pro Kopf gesenkt werden, ohne das die Bevölkerung dabei Schaden erleidet. Aber das Thema steht nicht einmal zur Diskussion.

Zum Zweiten sollte erreicht werden, dass alle Schlachthöfe für den Export zugelassen werden, so dass sie sich die Rinder aufteilen können, und die wertvollen Teile, die die Exportnachfrage bevorzugt, exportieren und die anderen auf dem Binnenmarkt verkaufen. Das erfordert jedoch, dass das Sanitätsgesetz aus dem Jahr 1972 effektiv in Kraft gesetzt wird, und die Schlachthöfe auch kontrolliert werden, sowohl was Sanität betrifft, als auch bezüglich der Steuerzahlung. Die ist nur durch Verpflichtung privater Kontrollfirmen möglich, gegen die sich das Landwirtschaftssekretariat und die AFIP wehren. Sie gehen wie der Salat hund vor, der den Salat zwar nicht frisst, aber anderen den Zugang zum Salat verwehrt. Argentinien dürfte das einzige Land in der Welt sein, das zwei getrennte Rindfleischindustrien hat: eine, die den Binnenkonsum versorgt, die Sanitätsnormen kaum einhält und massiv Steuern hinterzieht, und die andere, die für den Export tätig ist, die kontrolliert wird und somit auf dem Binnenmarkt kaum konkurrenzfähig ist. Ein absurder Zustand.

Argentinien hat die Möglichkeit, den Rinderbestand, der (zum 30. Juni) einschliesslich der nicht angegebenen Tiere an die 60 Mio. Rinder heranreicht, zu erhöhen und auch die Produktivität (Fleischproduktion pro Jahr und pro Rind) zu steigern. Die Rinderwirtschaft hat in den letzten Jahren über 10 Mio. Hektar an den Ackerbau abgegeben, was jedoch durch Verbesserung der Weiden, feed-lots, Zugabe von Futter auf den Weiden und rationellere Betreuung ausgeglichen wurde. Ausserdem ist es faktisch so, dass oft die für den Ackerbau bestimmten Ländereien nach den Ernten als Weiden eingesetzt werden, bis die nächste Aussaat beginnt. Auch wird gelegentlich der geerntete Mais direkt zur Mästung der Rinder verwendet, wobei er gelegentlich mit der ganzen Pflanze gemahlen wird. Das Zusammenwirken von Rinderzucht und Acker-

bau hat gewisse Synergien.

Das Gespräch zwischen den Landwirten und der Regierung, bzw. Wirtschaftsminister Lousteau, Landwirtschaftssekretär Urquiza und Binnenhandelssekretär Moreno, ist mühsam und wenig ergiebig. Die Verbände haben es bisher nicht verstanden, der Regierung eine Landwirtschaftspolitik mit einem langfristigen Konzept vorzulegen, bei der gleichzeitig die Preispolitik für Lebensmittel und eine allgemeine Ernährungspolitik

berücksichtigt wird. Sie sollen nicht erwarten, dass die Beamten diese Arbeit vollbringen; denn diese sind routinierte Bürokraten, mit einer oberflächlichen Kenntnis der Rinderwirtschaft, und denken nicht so weit. Bei den ausserordentlich hohen Weltmarktpreisen für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte und einem immer noch relativ hohen realen Wechselkurs ist es nicht schwierig, vernünftige Preise für die Landwirte mit niedrigen Preisen für bestimm-

te Produkte auf dem Binnenmarkt zu vereinbaren, da die Exportsteuern bei „normalen“ Sätzen ausreichende Mittel für Subventionen schaffen, wobei immer noch ein hoher Saldo für das Schatzamt verbleiben sollte. Indessen muss diese Subventionswirtschaft besser verwaltet werden (u.a. mit einer besseren Steuerkontrolle kombiniert werden), zu welchem Zweck die Mitwirkung der landwirtschaftlichen Verbände gewiss sehr nützlich wäre, u.a. um Korruption

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

zu vermeiden. Für dieses Jahr schätzen Experten die gesamten Subventionen für diesen Zweck auf etwa \$ 4 Mrd., 166% mehr als 2007. Mit weniger Geld sollte der Fall auch zu lösen sein, und zwar besser als jetzt.